



Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Goldpfennig

Nummer 20
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste S. 26) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11,
Königsgräber Straße 24, Fernspr.-Anschl.: Amt Ruhow 3244. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. —
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66836 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47,
Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

1. Dezember
1924

Das Saargebiet im neuen deutsch-französischen Verhältnis.

Von Kommerzienrat Dr. Hermann Röbling*.

Die Lage, in der wir uns im Saargebiet in den letzten Monaten befanden, war außerordentlich schwierig. Sie war schwierig deshalb, weil die Entwicklung auf allen Märkten in der Preisrichtung eine absteigende Tendenz hatte, der der französische Staat als Monopolinhaber der Kohlenförderung nicht gewillt war irgendwie Folge zu leisten. Es wird eben dort mit allen Mitteln versucht, aus dem Saargebiet Reparationsleistungen in großem Umfange herauszuholen. Auf französischer Seite sagte man sich offenbar: Wenn irgendwie versucht werden sollte, durch ernsthafte Maßnahmen wie etwa die Stilllegung eines Werkes, gegen diese Ueberspannung der Preispolitik anzugehen, dann würden sich die Massen gegen den kehren, der eine derartige Stilllegung versuchen würde. Es ist klar, daß eine derartige Situation für mich als verantwortlichen Werksleiter außerordentlich schwierig war. Ich habe immer den Verdacht gehabt, daß die anderen Werke, die sich zum großen Teil in französischem Besitz befinden, — zu 60 Prozent nämlich, und die Burbacher Hütte befindet sich zu einem Drittel im Besitze der französischen Kanonenfabrik Schneider-Creusot — eine Vorzugsbehandlung in bezug auf die Kohlenpreise erhielten. Aber alle Versuche, Aufklärung darüber zu erhalten, waren vergeblich. Das liegt vielleicht an dem mangelnden Talent, das wir zum Spionieren besitzen. Ich glaube, ein Franzose hätte es längst herausgekriegt; aber das können wir nun einmal nicht.

Und nun mußte ich mir endlich darüber klar werden: Ich muß den Schritt gehen, das Werk zu schließen. Schon einmal im Mai d. J. standen wir vor dieser Zwangslage. Aber damals war der große Kohlenbergarbeiterstreik in Westfalen. Er rief ein großes Loch in die Bestände. Ueberall, auf den Hüttenwerken und auch im französischen Privathaushalt machte sich ein großer Mangel an Kohle bemerkbar oder doch wenigstens die Sorge, daß ein Mangel eintreten würde. Es wäre der ungeeignestste Moment gewesen, wenn wir damals geschlossen hätten. Wenn die Kohlen, wie man bei uns sagt, nur so gefressen werden, dann hat es keinen Sinn, irgendwie darauf zu spekulieren, daß der andere durch den Kohlenmangel in Verlegenheit käme. Aber vor allem wollten wir alle Möglichkeiten erschöpfen, die drohende Stilllegung zu vermeiden. Deshalb haben wir dauernd mit unseren Arbeitern und den Organisationen aller Richtungen verhandelt, haben ihnen die Notlage dargestellt und sie gebeten, sie möchten ihrerseits versuchen, durch Einwirkung auf die Regierungskommission und den französischen Bergfiskus irgend etwas zu erreichen. Es wurden Kleinigkeiten erreicht, die ein Tropfen auf den heißen Stein waren. Wir haben dann immer wieder versucht, bei der Regierungskommission und beim französischen Bergfiskus eine Ermäßigung der Kohlenpreise zu erlangen. Der französische Bergfiskus antwortete: Ja, zuerst ermäßigt ihr die Löhne, dann ermäßigen wir die Kohlenpreise und dann wird der Kohlenpreis ermäßigt.

Es war klar, daß dieser Weg einfach den Zweck haben sollte, uns zum Feind der ganzen Saarbevölkerung zu stempeln. Ich habe dann noch einen anderen Weg versucht, der bisher manchen Erfolg gezeitigt hatte. Es stand die Völkerbundversammlung in Genf vor der Tür. In Genf kenne ich viele Wege. Ich bin ja oft genug dagewesen. Ich habe mir gesagt, Herriot kommt dahin, und es kommen noch andere Leute; da kann man versuchen, in letzter Stunde eine Kohlenpreisermäßigung zu erzielen und damit die Stilllegung des Werkes zu vermeiden. Wir haben mit allen Mitteln dort gearbeitet und sind alle Leute darum angegangen. Aber die waren mit ihrem Schiedsgerichtsgedanken und all diesen zweifellos sehr wichtigen Fragen beschäftigt, so daß es relativ schwer war, etwas zu erreichen.

Und es wurde leider auch nichts erreicht.

Der Besuch in Genf war aber in mancher Hinsicht nicht vergeblich. Denn er hat einen doch wieder einen neuen Blick in die Entwicklung tun lassen, wie sie sich in der großen politischen Welt vorbereitet. Das ist eine Entwicklung, die für uns Deutsche von eminenter Bedeutung ist. Der Gedanke des Schiedsgerichts bei internationalen Streitigkeiten ist für uns als waffenloses Volk natürlich von besonderer Bedeutung. Denn wenn der Nachbar stark ist und hat gute Waffen und wir sind zwar auch stark, haben aber nicht die geringste Waffe, dann ist der Weg über den Rudi immer noch die bessere Lösung, als mit dem andern in Handel zu kommen und den kürzeren dabei zu ziehen. Ich habe in Genf eine ganze Anzahl Staatsmänner wiedergesehen, die ich kannte, und ich muß sagen, ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß im Augenblick eine Welle des Friedensbedürfnisses über die ganze europäische Welt geht, die wir in Deutschland viel mehr für unsere Zwecke einspannen müßten, als wie wir es bisher getan haben. Doch das nebenbei. Es gelang mir nicht, Herriot zu sprechen, trotzdem mir eine kurze Besprechung zugesagt war. Sie hätte mir aber doch nichts genützt, denn sie wäre dann vielleicht 1 oder 2 Minuten lang gewesen und hätte keinen großen Zweck gehabt.

Ich kam dann nach Hause zurück, kurz vor dem 15. September und wußte durch ein Gespräch meines Schwiegersohnes mit dem Vorsitzenden der französischen Bergwerksdirektion in Paris, daß die anderen Werke erhebliche Preisvorteile die ganzen Jahre hindurch genossen haben. Was ich den deutschen Leuten übelnehme, die noch in den anderen Werken tätig sind, ist, daß sie auf unsere Frage uns nichts gesagt haben. Es war nicht schön und hat mir um die Leute recht leid getan. Schließlich rächt sich jede Sache im Laufe der Zeit. Diese Preisvorteile waren doch so erheblich, daß man sich daraus allerlei erklären kann. Als wir die saurige Gewissheit gewonnen hatten, daß unsere Nachbarwerke in den Kohlenpreisen von der französischen Verwaltung erheblich bevorzugt wurden, da haben wir den Betrieb geschlossen. Es ist kein Zweifel, daß dies der schwerste Entschluß war, den ich je in meinem Leben gefaßt habe. 7000 Menschen von heute auf morgen zu kündigen und damit etwa 20 000 Leute brotlos zu machen, ist der härteste Entschluß, den man sich denken kann. Und wegen dieser Härte habe ich den Fehler gemacht, den man

* Nach seinem Vortrag in der Berl. Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ am 23. Oktober 1924.

In einem solchen Falle tut: Ich bin nur den halben Weg gegangen. Ich habe nämlich gesagt: Man kann doch nicht hingehen und ein Wort schließen, ohne den letzten Versuch gemacht zu haben, ob nicht unter beiderseitigen Opfern der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Und nur so ist dieser letzte Aufruf von uns zu verstehen. Wir sagten uns, vielleicht versteht die Arbeiterschaft die Sache richtig und versucht es. Eine Kohlenpreiserhöhung mußte dann im Laufe der Zeit kommen. Aber die Arbeiterschaft ist den Weg nicht gegangen, den wir ihr in unserer letzten Bekanntmachung gezeigt haben. Und im Grunde genommen bin ich froh, daß die Arbeiterschaft es nicht getan hat. Denn die Situation wäre verfälscht geblieben und in dieser falschen Situation hätte ich sicherlich nicht zu einem Erfolg kommen können. Wenn man — auch aus der Sorge um die Not anderer Menschen heraus — etwas Verfehltes tut oder auf der Hälfte des Weges stehen bleibt, dann wird sicherlich nicht der erstrebte und notwendige Erfolg erreicht. Das ist natürlich mißverstanden und leider Gottes auch da, wo es verstanden wurde, abstrichlich falsch gedeutet worden. Die Sozialdemokraten haben geglaubt, sie könnten den Kampf in der Form führen, daß sie vieles verdrehten und falsch darstellten, dessen Unrichtigkeit an sich leicht zu beweisen war. Aber die Arbeiterschaft war begreiflicherweise außerordentlich erregt, und in dieser Erregung wurde dieses und jenes angezweifelt, was ich gesagt habe. Das muß man aber nicht so tragisch nehmen, und ich nehme es auch nicht tragisch. Einzelne Leute sind aus dieser Sache bestraft hervorgegangen, und zwar reichlich bestraft, so daß es für sie schwer sein wird, diese Flecke wieder abzuwaschen. Ich persönlich habe wenig angenehme Tage gehabt. Wer an dem Weg hant, hat viele Meister und wer was Unangenehmes tun muß, der wird dafür gescholten. Das ist in der ganzen Welt so. Warum soll es mir anders gehen?

Aber nun kamen wir in eine klare Situation hinein, und auf der Anklagebank sah der französische Bergfiskus, und zwar in einer Form, daß er Hals geben mußte. Da kam allmählich die Wahrheit heraus, daß die anderen Werke lange Zeit eine Kohlenpreiserhöhung von 10 Prozent uns gegenüber hatten, und zuletzt eine solche von 7 Prozent. Das sind große Beträge. Der erste erzielte Erfolg war, daß der französische Bergfiskus offen erklären mußte, er werde weiterhin Röchling nicht anders behandeln als die übrige Industrie; er werde keinem mehr Vorzugpreise geben. Aber das war nicht genug. Wir mußten ja eine Kohlenpreiserhöhung

über diesen Betrag hinaus haben. Am vergangenen Sonntag hat eine Sitzung des Verwaltungsrates der Saargruben in Saarbrücken stattgefunden. Das Ergebnis war, daß ich am Montag mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der französischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken zusammentam. Während noch vor fünf Wochen sein Vertreter, Herr Desline, meinem Schwiegersohn sagen ließ: „Zuerst muß die Kohlenpreisse ermäßigt werden, dann werden die Kohlenpreise erhöht“, sagte jetzt Herr Fontaine zu mir: „Herr Röchling, Sie können Ihre Politik machen wie Sie wollen.“ Warum jetzt diese Änderung? Sehr einfach: Die Konjunktur in Frankreich ist für uns gut. Herrriot will tatsächlich den Frieden und will eine Vereinfachung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich. Ich bin in London ein paar Tage während der Verhandlungen gewesen und habe absolut den Eindruck, daß dieses Streben aufrichtig ist. Das ist die Konjunktur, von der ich vorhin sprach und die wir ausnützen müssen. Nachdem ich die Leute in Genf scharf gemacht habe, auch Franzosen, und weil wir den Betrieb geschlossen haben, sind dann die Kohlenpreise so weit ermäßigt worden, daß ich wieder anfangen kann. Also der Erfolg ist da, nicht deshalb, weil ich geschlossen habe, sondern weil ich in einer Zeit geschlossen habe, in der die Konjunktur für mich arbeitete. Wenn ich unter den Zeiten des Herrn Poincaré geschlossen hätte und es hätten noch so viele Kohlen auf die Halde geworfen werden müssen, so hätte man gesagt: Gott sei Dank, daß wir den Kerl los sind!

Die wichtigste Feststellung, die ich für mich aus der Sache ziehe, ist, daß wir uns in einer aufsteigenden Konjunktur in Bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich befinden. Es ist klar, daß da noch vieles, vieles bereinigt werden muß. Es ist nicht denkbar, daß ein wirklich vernünftiges und anständiges Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bestehen kann, solange ein Fünftel des deutschen Volkes unter dem französischen Kommunistiefel schmachtet. Das muß bereinigt werden. Aber die Zeit zur Bereinigung ist meines Erachtens da, wenn wir es wagen, eine couragierte Politik im deutschen Volke zu treiben. Mut muß man haben und Vertrauen in die eigene Stärke und die eigene Sache. Und wenn man auch hundertmal keine Waffen hat. Da gehört nicht weichtlicher Pazifismus dazu, sondern der Mut des Menschen und des Mannes, nur damit kann man etwas machen, im Vertrauen auf die eigene gerechte Sache. Wir fühlen uns an der Saar ein gut Teil als Vorposten, und der Vorposten hat im Kriege die Aufgabe, Meldungen zu erstatten, wenn eine Veränderung beim Feinde heranzieht. Und das wollte ich hier tun.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Saargebiet.

Von Rechtsanwalt u. Notar Giersberg-Magdeburg*.

Die wirtschaftliche Lage im Saargebiet, die heutige Lage wird gekennzeichnet durch eine außerordentliche Kapital- und Kreditnot, ähnlich wie sie bei uns herrscht, durch eine zu teure Produktion der Industrie, durch eine wirtschaftliche Abschnürung des Saargebietes von seinen natürlichen Absatzgebieten mit all ihren Folgen, Stillelegung, Absatzmangel, Arbeitslosigkeit und einer außerordentlichen Niedrighaltung der Löhne und Gehälter. Die Ursachen liegen einmal in der wirtschaftlichen Abschnürung des Saargebietes von dem natürlichen Absatzgebiet. Vor dem Kriege, als das Saargebiet wie Elsass-Lothringen mit Deutschland vereinigt war, damals war das natürliche Absatzgebiet des Saargebietes Süddeutschland. Durch den Friedensvertrag ist das Saargebiet dem französischen Zollsystem einverleibt worden, und wenn auch nur 5 Jahre, d. h. bis zum Januar 1925 dem Saargebiet gestattet worden ist, die von ihm erzeugten Waren zollfrei nach Deutschland auszuführen und ebenso deutsche Erzeugnisse und Rohstoffe zum Verbrauch im Saargebiet zollfrei einzuführen, so ist einmal das Ende dieser Vorzugsbehandlung in aller nächster Nähe. Und 2. sind auch schon durch die Bestimmungen, wie die französische Zollbehörde sie angewendet hat, außerordentliche Schwierigkeiten geschaffen worden, so daß diese Vorzugsstellung nicht im vollen Maße ausgenutzt werden konnte. Behördliche Schikanen, ein außerordentlich langwieriges und langweiliges System des Nachweises, welche Ware aus Deutschland stammt und ob sie im Saargebiet hergestellt ist usw., haben bereits eine sehr starke wirtschaftliche Abschnürung zustande gebracht. Um ein Beispiel anzuführen: Ein Werk verarbeitet Schrott und exportiert den daraus hergestellten Stahl

zum Teil nach Deutschland, zum Teil nach Frankreich. Dann darf nach französischem Behördenstandpunkt, wenn dieser Schrott aus Deutschland eingeführt wird, nunmehr das Werk den aus diesem deutschen Schrott hergestellten Stahl nicht zollfrei nach Frankreich ausführen, weil er nicht aus Rohstoffen hergestellt ist, die aus dem Saargebiet stammen. Dann hat aber auch die Regierungskommission und Zollbehörde jetzt verboten, daß noch Waren auf Vorrat aus Deutschland eingeführt werden. Sie haben überhaupt Schwierigkeiten mancherlei Art bereitet. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die deutschen Automobile sechs Monate später im Saargebiet erschienen sind als die französischen, so daß wir also heute bereits eine sehr starke wirtschaftliche Abschnürung haben, eine völlige bestimmt im Januar 1925.

Die zweite wirtschaftliche Schwierigkeit beruht auf der Frankeneinführung. Der Franken ist eingeführt worden zur Zeit einer starken deutschen Inflation. Nun, nachdem wir Gott sei Dank zu einer stabilen deutschen Währung gelangt sind, ist das Saargebiet uns gegenüber im Nachteil mit seiner nicht stabilen Frankenvährung. Es ist auch klar, daß die Kreditnot sich verstärken muß, weil durch den sinkenden Franken die Verkaufspreise gegenüber den Einkaufspreisen entwertet werden.

Was die Kreditnot betrifft, so muß ich außerdem hinzufügen, daß die Ueberschüsse des Saargebietes durchaus nicht aus dem Haushalt des Saargebietes, im Saargebiet untergebracht worden sind, und daß die Regierungskommission diese Ueberschüsse französischen Frankengeldes, nicht reiflos dem Saargebiet zur Verfügung stellt, so daß wir hier also eine Kapitalausfuhr aus dem Saargebiet nach Frankreich haben.

Dasselbe ist der Fall bei der Kohlenknappheit des französischen Bergfiskus. Die Gewinne des französischen Bergfiskus sind außerordentlich. Sie werden verschieden berechnet. Herr Kommerzienrat Röchling hat sie auf 20 Millionen Goldmark jähr-

* Wir entnehmen diese Ausführungen des bekannten saarländischen Politikers seinem Vortrag, den er am 23. Oktober in der Berliner Ortsgruppe des Bundes-Saar-Vereins hielt.

lich berechnet und wenn man die Abschreibungen richtig berechnet, auf 30 Millionen Goldmark. Von anderen Stellen sind sie noch höher berechnet worden, nämlich für das Jahr 1920 auf 40 Millionen, für 1921 auf 20 Millionen und für 1922 auf 50 Millionen Goldmark. Die Verdienste sind erheblich höher als sie vor dem Versailler Vertrag waren. Dazu ist aber zu bemerken, daß diese ganzen Verdienste früher, wenn sie auch nicht direkt im Saargebiet blieben, so doch indirekt der Saarbevölkerung zugute kamen.

Wir haben jetzt aber eine Ausfuhr von 20 Millionen Goldmark nach Frankreich. Was bedeutet das wirtschaftlich? Ich darf erinnern an das berühmte Dawes-Gutachten. Danach sollen wir geradezu unglaubliche Summen zahlen. Man hat aber von vornherein erkannt, daß es für eine Volkswirtschaft unmöglich ist, nun diese Gelder als solche reiflos an das Ausland abzugeben; daher der Transferagent, der ja bestimmen soll, wieviel in jedem Jahre von dem, was wir an unsere Gläubiger zu zahlen haben, überhaupt aus Deutschland ausgeführt werden darf und was im Lande zu bleiben hat, nicht als unser Eigentum, aber doch immerhin zu unserer Verfügung als Kredit oder in sonst irgendeiner Form, so daß das Kapital doch in der deutschen Volkswirtschaft arbeitet. Im Saargebiet ist das nicht der Fall. Das Kapital wird ausgeführt und so glaube ich, daß das Urteil der größten Klein-Sparer-Bank im Saargebiet, der früheren Gersweiler Sparkasse, jetzt Saargenossenschaftsbank, richtig ist, die da sagt, daß die Kreditnot auf der Kapitalausfuhr beruhe, jedenfalls im wesentlichen auf der Kapitalausfuhr aus dem Saargebiet, der genügende Leistungen nicht gegenüberstünden.

Und schließlich als dritter Punkt die Kohlenpolitik des französischen Bergfiskus. Um ein richtiges Bild zu erhalten, kann man natürlich nicht ausgehen von den Erfahrungen der letzten Jahre. Daß das Saargebiet in den letzten Jahren hat leben können, daß es vielleicht gelegentlich sogar besser dastand als wir, das ist alles kein Beweis; denn die Verhältnisse waren zur Zeit der deutschen Inflation so anormal, daß man darauf irgend ein Bild nicht aufbauen kann. Jetzt aber begreifen wieder die natürlichen Grundlagen sich geltend zu machen und es ist deshalb wichtig, sich über diese einmal Rechenschaft zu geben.

Das Saargebiet ist ein überaus industrialisiertes Gebiet. Aus den Arbeiterzahlen ergibt sich, daß der größte Teil der Arbeiter in den Kohlengruben beschäftigt ist. Die Industrie, die dann mit der Arbeiterzahl folgt, ist die Eisenindustrie; dann sind es die weiterverarbeitenden Industrien, als da ist die Glasindustrie, die Keramik-Industrie, die weiterverarbeitende Eisenindustrie, Maschinenindustrie, Brückenbau, Drahtseilfabriken, Förderanlagen usw. Dann haben wir die Lederindustrie und schließlich auch Industrien mit mehr lokalem Einschlag, wie Zigaretten-, Tabakfabriken und die Brauereien.

Was die Eisenindustrie betrifft, so ging der Abzug, wie schon ausgeführt, früher im wesentlichen nach Süddeutschland. Jetzt ist das Saargebiet in das französische Zollsystem eingebaut worden. Frankreich hat vor dem Kriege bereits mit seiner eigenen Eisenindustrie den innerdeutschen Markt gedeckt. Frankreich hat jetzt die ziemlich erhebliche lothringische Eisenindustrie dazu erworben. Es hat außerdem im Kriege seine eigene Eisenindustrie ganz erheblich entwickelt und so ist es klar, daß Frankreich nicht in der Lage ist, eine weitere Produktion, nämlich die Produktion der Saarindustrie, aufzunehmen. Man rechnet heute, daß Frankreich für seine eigene Industrie bereits einen Überschuß von 5-6 Millionen Tonnen jährlich im Auslande unterbringen muß. Das ist eine ganz enorme Ziffer, wenn man bedenkt, daß die deutsche Stahl- und Eisenerzeugung vor dem Kriege sich auf etwa 30 Millionen Tonnen belief. Nun soll also die Saarindustrie noch hinzukommen. Weiter ist zu beachten: Die Saarindustrie liegt frachtilich ungünstig sowohl zu Frankreich als zu Deutschland, erst recht zu Uebersee. Immerhin hat sie vor dem Kriege in Süddeutschland arbeiten können, und zwar aus dem Grunde, weil sie einen billigen Kohlenpreis hatte. Heute steht aber die westfälische Kohle etwa 15-17 Prozent über dem Friedenspreis, die Saarkohle dagegen 34-43 Prozent. Es ist klar, daß auf dieser Grundlage eine Konkurrenz der Saarindustrie in Süddeutschland überhaupt nicht möglich ist.

In Frankreich sind die Verhältnisse ähnlich. Die lothringische Eisenindustrie steht wesentlich günstiger da. Die Saarindustrie ist auf der Kohlenbasis gegründet, wenn ich mich so ausdrücken darf, und die lothringische auf der Erzbasis. Die lothringischen Werte bekommen aber die Saarkohle heute zum gleichen Preise wie die Saarindustrie, ja sogar bis 4 Franken pro Tonne billiger, während die Saarindustrie außerdem noch die Erzfracht mit 6 bis 8 Franken pro Tonne zu übernehmen hat. Es ergibt sich hieraus, daß ein Wettbewerb der Saarindustrie in Lothringen unmöglich

ist. Ebenso ist es unmöglich über See. Das liegt auf der Hand, wenn man durch einen Blick auf die Karte sich die geographische Lage des Saargebietes vorstellt und dabei bedenkt, daß Wasserfracht unmöglich ist. Dazu kommt ferner, daß die lothringische Industrie geringere Bahnfrachten zahlt, nämlich 30 Franken pro Tonne, während die Saarindustrie beim Versand über Antwerpen 42 Franken pro Tonne zu zahlen hat und die lothringische Industrie außerdem mit Sonderprämien ausgestattet ist. Es ist sogar so weit gegangen, daß die lothringische Industrie sogar bei der Einfuhr nach Deutschland bevorzugt worden ist, nämlich durch die Bestimmung der Frachttarife. Lothringen ist in der Lage, über Straßburg bis an den Rhein mit 18 Franken Fracht pro Tonne zu liefern, dagegen war das Saargebiet bisher durch die Regiebahnen gezwungen, bis Ludwigshafen 50 Franken pro Tonne zu zahlen. Nun hat ja die Regiebahn aufgehört. Aber es ist doch sehr zweifelhaft, ob wir in der Reichsbahn bei den Bestimmungen, die das Dawes-Gutachten uns auferlegt, die notwendige Freiheit haben, um die Tarife so festlegen zu können, daß sie gegenüber der lothringischen Industrie ausreichen. Dann kommt noch hinzu, daß vom Januar 1925 ab die zollfreie Einfuhr aus dem Saargebiet an sich aufhört. Auch hier ist zugegeben, daß durch Handelsveragsverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland gehoben werden kann. Aber das ist doch alles nur ein Punkt, und ich glaube nicht, daß Deutschland Veranlassung hat, nun etwa dem Saargebiet oder der Eisenindustrie des Saargebietes deshalb besondere Vorzugsfrachten zu gewähren, damit der französische Bergwerksfiskus in der Lage ist, aus den Saargruben besonders hohe Gewinne zu ziehen. Es wird doch auch da von uns verlangt werden müssen, daß die französische Grubenvverwaltung endlich einen Pflod zurücksteckt und nicht übertriebene Preise fordert.

Um diese Preise kurz zu skizzieren, sei folgendes bemerkt: Im Jahre 1913 betrug der Rohgewinn auf die Roßkohle pro Tonne 1,49 M., heute 4,07 M.; auf die Gas- und Generatorkohle 1913 3,60 M. und heute 9,62 M. Das sind ganz enorme Preisunterschiede, so daß es natürlich unmöglich ist, daß auf dieser Grundlage eine Industrie existieren kann. Man vergegenwärtige sich noch folgendes: Ein kleines Gebiet von etwa 700 000 Menschen, darin eine erhebliche Industrie, die natürlich nur den allergeringsten Bruchteil ihrer Erzeugnisse im eigenen Gebiet unterbringen kann. Sie kann nicht exportieren nach Deutschland, denn die Ruhrkohle ist billiger. Sie kann ebenso wenig exportieren weiter nach Frankreich hinein und erst recht nicht über See. So liegen die Dinge und es ist daher verständlich, daß hier eine Katastrophe eintreten muß, eine Katastrophe, die nach Eintritt der vollständigen wirtschaftlichen Abschneidung von Deutschland noch viel stärker werden muß.

Man kann bei der Berechnung der Kohlen auch noch einen anderen Weg gehen und zwar einen sehr interessanten, den Herr Kommerzienrat Köchling in einem Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ eingehend dargestellt hat. Er hat ausgerechnet, daß der Reingewinn des französischen Bergfiskus 20 Millionen Goldmark im Jahre beträgt, nach anderer Berechnung sogar 30 Millionen Goldmark, wenn man die Abschreibungen auf das richtige Maß zurückführt. Aber auch bei einer Zahl von nur 20 Millionen Goldmark stellt Herr Köchling folgende sehr interessante Tatsache fest: Verteilt man diese Summe auf die etwa 700 000 Menschen des Saargebietes, so kommen auf den Kopf der Bevölkerung 28,50 Mark. Nach dem Dawesgutachten soll Deutschland eine Milliarde im nächsten Jahre zahlen, es bekommt aber eine Anleihe von 800 Millionen, so daß wir also nur 200 Millionen erübrigen müssen. Das bedeutet auf den Kopf einer Bevölkerung von 64 Millionen nicht 28,50 Mark, sondern 3,30 Mark; im zweiten Jahre würde sich der Betrag auf den Kopf eines jeden Deutschen auf 10 Mark belaufen, und da wir in diesem Jahre noch eine Einnahme von 500 Millionen aus verkauften Eisenbahnaktien haben, nur 11 Mark. Im vierten Jahre würde der Betrag pro Kopf auf 28,50 Mark sich stellen und erst im fünften Jahre mit 38,50 Mark den heutigen Betrag, der aus dem Saargebiet herausgezogen wird, von 28,50 Mark überschreiten. In London — und auch die Sachverständigen — hatte man schon erkannt, daß es für die Volkswirtschaft untragbar ist, eine derartige Summe auf den Kopf der Bevölkerung auszuführen. Das wird aber im Saargebiet von dem französischen Bergfiskus in der Tat getan. Es ist also kein Zweifel, daß das Saargebiet wirtschaftlich nur wieder in die Höhe kommen kann, wenn die Kohlenpreise ganz erheblich herabgesetzt werden.

Es ist selbstverständlich, daß das nicht allein die Eisenindustrie trifft, es hat selbstverständlich seine Bedeutung für alle Industrien, die sich auf der Kohle aufbauen. Es hat dann aber natürlich seine Bedeutung auch für alle anderen; denn wenn etwa die Eisenindustrie und die anderen Industrien,

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

für die die Kohle ein außerordentlich wesentlicher Faktor in der Preisbildung ist, nicht in der Lage sind, zu produzieren, so betrifft das eine so große Zahl von Menschen und hat eine solche Drückung der allgemeinen Kaufkraft zur Folge, daß damit die zu lokalen Zwecken arbeitende Industrie ohne weiteres auch erliebt sein wird. Es ist natürlich nicht angängig, wenn nun in einem Gebiet, das also 700 000 Menschen umfaßt, Industrien lahmgelegt werden, die etwa, wie die Eisenindustrie allein, 37 000 Arbeiter beschäftigen, — mit Familien können wir doch also immerhin bei den Industrien, die auf die Kohle angewiesen sind, vielleicht 150 000 Menschen schätzen — es ist natürlich, daß dann die übrigen Industrien ebenfalls zum Erliegen kommen müssen.

Nun noch zwei Worte über die wirtschaftliche Abschnürung. Die Handelskammer Saarbrücken hat sich in einer Denkschrift gegen diese wirtschaftliche Abschnürung gewandt und verlangt, daß wenigstens der heutige Zustand aufrechterhalten werden muß und hierin findet sie Bundesgenossen in Frankreich selbst. Es ist auch eben für die französische Industrie entweder unmöglich oder mindestens sehr hart, wenn sie die saarländische Erzeugung in Frankreich aufnehmen soll. Ein kleines Beispiel hierzu: Der Präsident des französischen keramischen Syndikats hat sich dahin ausgelassen, daß die zwei Tonplattenfabriken im Saargebiet allein ebensoviel erzeugen wie die sämtlichen Tonplattenfabriken in ganz Frankreich und er hat erklärt, daß es für die französische Industrie untragbar sei, wenn nun das Saargebiet gezwungen wäre, seine ganze Produktion in Tonplatten nach Frankreich zu werfen. Er ist sogar soweit gegangen, daß er sich mit Loucheur in Verbindung gesetzt hat, um ein Ausfuhrverbot oder eine Einfuhrbeschränkung zu erreichen. Man denke sich nun einmal diesen wirtschaftlichen und politischen Widerstand: Erst nimmt man aus politischen Gründen das Saargebiet in das französische Zollgebiet hinein, trennt es aus politischen Gründen vom Deutschen Reich ab und dann verlangt man, daß diese Industrie, die im Saargebiet ist, und die nicht in der Lage ist, ihre Erzeugnisse im Saargebiet unterzubringen, und die früher nach Deutschland lieferte, mit dem es politisch und wirtschaftlich verbunden ist, daß dieses Gebiet nicht in der Lage sein solle, nun nach Frankreich zu liefern, mit dem es doch nach der Absicht der Franzosen politisch und wirtschaftlich verbunden werden soll. Das sagt auch die französische Wirtschaftsschrift „L'Asie“: sie schätzt, daß 40% der Eisenproduktion in Deutschland untergebracht worden ist und 35% in Frankreich, d. h. nach dem Kriege. Dann muß man 25% auf das Saargebiet selbst rechnen. Sie schreibt dann weiter, Frankreich sei zu einer weiteren Aufnahme nicht fähig, schon infolge des 10—15% teureren Transportes aus dem Saargebiet. Für Uebersee hat das Saargebiet ebenfalls zu hohe Transportkosten. Das natürliche Abschlaggebiet des Saargebietes sei Süddeutschland und es werde eine Katastrophe von unausdenkbaren Folgen eintreten, wenn dieses Abschlaggebiet dem Saargebiet verschlossen werde.

Zusammenfassend ergibt sich also als Hauptgrundlage für die wirtschaftliche Krise im Saargebiet die Frankeneinfuhr, die Kreditnotverschärfung durch die Ausfuhr der Ueberschüsse des Haushalts des Saargebietes und die Ausfuhr der Verdienste des französischen Bergbaus. Zweitens die wirtschaftliche Abschnürung von Deutschland, die jetzt bereits beträchtlich ist und im Januar 1925 eine völlige zu werden droht, und 3. die Tatsache der zu teuren Kohlen, ein Umstand der darauf zurückzuführen ist, daß die Kohlengruben nicht in den Händen des Staates sind, dem das Saargebiet angehört, sondern in den Händen des Feindes, der das Bestreben hat, aus diesen Gruben auf Kosten der Saarbevölkerung möglichst große Reparationen herauszuholen.

Kurz: Die wirtschaftliche Notlage des Saargebietes beruht auf dem Versailler Vertrag, denn der Versailler Vertrag ist es, der alle diese Dinge angerichtet hat. Es ist unverständlich, wie der Völkerbund, der das Saargebiet doch als eine muster-gültige völkerbündliche Verwaltung herrichten will, ruhig zuseht, wie im Saargebiet die Bevölkerung, zu deren Schutz und Wohl doch alle diese Bestimmungen erlassen sein sollen, dem wirtschaftlichen Ruin und dem wirtschaftlichen Elend entgegengeführt wird. Hierzu nur ein Beispiel: Die Löhne sind im Saargebiet im allgemeinen über die Friedenslöhne nicht gestiegen, die Gehälter der Beamten stehen auf 48 bis 70 Prozent der deutschen Gehälter. Es ist also schon so, daß diese wirtschaftliche Notlage, wie das selbstverständlich ist — denn diesen wirtschaftlichen Gesetzen kann man nicht ausweichen — auf die breiten Massen und die gesamte Bevölkerung drückt.

Durch diese wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch das Röschlingwerk gezwungen worden, zu schließen, und das hat politische Folgen gehabt. Zur Klarstellung ist es vielleicht angebracht, einen Auszug aus der Kundgebung mitzuteilen, die die Röschlingwerke an ihre Belegschaft am 15. September veröffentlicht haben. Das Werk beginnt damit, daß es 25 Millionen Franken Verluste gehabt habe dadurch, daß es allzu lange aussteht, obwohl die wirtschaftliche Grundlage zu einer Pro-

duktion nicht mehr gegeben war, und fährt dann fort, daß eine Stilllegung zum 15. Oktober erfolgen müsse. Soll diese Maßnahme vermieden werden, so müssen die Kohlenpreise in dem unbedingt erforderlichen Maße abgebaut werden. Es muß aber gleichzeitig eine wesentliche Steigerung der Leistung der Gesamtbelegschaft eintreten. „Wir verkennen nicht, daß die Löhne nur wenig über dem Existenzminimum liegen. Wir würden es daher begrüßen, wenn dem Wert die Arbeitsmöglichkeit nicht durch Lohnabbau, sondern durch Leistungsaufbau wiedergegeben werden könnte. Das erscheint uns aber trotz prinzipiellen Festhaltens am Acht-Stundentag in einer Zeit der Wirtschaftskrise nur möglich durch eine Verlängerung der Arbeitszeit an den Stellen, an denen es sich nicht um durchgehende Feuerbetriebe handelt. Für diese Betriebe würde dann der Acht-Stundentag nach wie vor unverändert beibehalten werden können.“ Diese Kundgebung, oder richtiger gesagt, die Stilllegung, die dann eintrat, hat nun die Sozialdemokratie mit folgender Erklärung beantwortet: „Sie erklärt ihren Austritt aus dem interparteilichen Ausschuss mit der Begründung: Die zum Zwecke der Abschaffung des Acht-Stundentages und einer 25prozentigen Lohnkürzung beschlossene Betriebsstilllegung des Herrn Röschling, des prominentesten Vertreters der saarländischen Volkspartei, ist ein so brutaler Angriff auf die Rechte und die Existenz der Arbeiterschaft und gefährdet die bisher gemeinsam vertretenen Interessen der Saarbevölkerung in einem solchen Maße, daß die sozialdemokratische Partei ein weiteres Zusammenarbeiten für unmöglich hält. Sie erklärt deshalb mit dem heutigen Tage ihren Austritt aus der interparteilichen Vereinigung. Die Sozialdemokratie wird auch außerhalb des interparteilichen Ausschusses in ihrer von Anbeginn verfolgten Verteidigung der großen Lebensfragen des Saarvolkes nach wie vor ihre ganzen Kräfte einsetzen.“

Wenn man diese Kundgebung der Röschlingischen Werke betrachtet, so ist die Forderung des Abbaues des Kohlenpreises. Es ist dann weiterhin gesagt, daß eine Erhöhung der Arbeitsleistung eintreten muß, und es ist später seitens der Werkleitung auch erklärt worden, daß man gerade diese Verlängerung der Arbeitszeit und diesen Lohnabbau deshalb haben wollte, damit man auch vor einem Abbau der Kohlenpreise noch in der Lage sei, zu versuchen, das Werk aufrechtzuerhalten in der Hoffnung, daß es gelingen werde, baldigst den Kohlenpreisabbau zu erreichen. Nach alledem, was mir davon bekannt ist, ist es der Firma Röschling absolut klar gewesen, daß auch bei einer vollständigen Einführung des Zehn-Stundentages und einen erheblichen Lohnabbau es nicht möglich wäre, das Werk aufrechtzuerhalten, wenn nicht die Kohlenpreise abgebaut würden. Nach all den Erklärungen kann man keinen Zweifel daran haben, daß die Sache wirklich so gemeint ist: als eine vorübergehende Maßnahme der Lohnabbau und die Verlängerung der Arbeitszeit, aber als definitive und eigentlich gesundbringende Maßnahme der Abbau der Kohlenpreise. Die Sozialdemokratie hat die Sache so aufgefaßt, als ob doch schließlich der Abbau der Kohlenpreise nur so nebenhergehe, die Hauptsache und das eigentliche Ziel der Stilllegung der Zehn-Stundentag sei. Ich meine denn doch, die Sozialdemokratie hätte doch alle Veranlassung gehabt, sich zu fragen, ob bei der ganzen Vergangenheit des Herrn Röschling und bei der Tatsache, daß er politischer Führer im Saargebiet war und daß eine wirklame Bekämpfung der französischen Interessen nur möglich ist durch eine Einheitsfront aller, auch der Arbeiterschaft, ob es wirklich Herrn Röschling zuzutrauen sei, daß er durch einen Angriff auf das heilige Palladium der Arbeiterschaft, den Acht-Stundentag, das alles zunichte machen wollte. Es hätte doch außerordentlich nahegelegen, sich zu fragen, ob das nicht wirklich wahr sei, was gesagt wurde, nämlich der Zwang der Einführung einer vorübergehenden Verlängerung der Arbeitszeit, weil ohne diese das Werk sofort stillgelegt werden müsse, also der Versuch, noch eine Zeitlang mit Verlusten zu arbeiten, die das Werk sowohl als auch die Arbeiterschaft getragen hätten, um durch diese magere Zeit hindurch zu dem zu kommen, was das eigentliche Ziel des Kampfes war, nämlich der Abbau der Kohlenpreise, die Zurückführung der Kohlenpreise auf ein Niveau, das wiederum eine gewinnbringende Tätigkeit gestattete.

Das hätte man sich meines Erachtens alles fragen müssen, und wenn man sich das ernstlich gefragt hätte, dann hätte man doch wohl zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß in der Tat der Abbau der Kohlenpreise das Ziel war und nicht der Abbau des Acht-Stundentages. Aber ich will nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie in einer unangenehmen Lage war; denn es bedürfte in der Tat einer außerordentlichen moralischen Stärke ihrer Führer, wenn sie diese Maßnahmen vor ihrer Arbeiterschaft zu verteidigen wagte. Denn selbst dann, wenn die Sozialdemokratie einen Verdacht hatte, daß es so sei, wie sie jetzt behauptet, daß es ein Angriff auf den Acht-Stundentag gewesen wäre, so hätte sie doch meines Erachtens nicht diese Konsequenz ziehen können, die sie gezogen hat. Wenn sie den wirtschaftlichen Kampf gegen den wirtschaftlichen Führer aufnimmt, so ist das etwas ganz

anderes. Warum sie nun aber auch gleichzeitig den Kampf gegen den politischen Führer aufnimmt und warum sie aus dem interparteilichen Ausschuss ausscheidet, das verstehe ich nicht. Man hätte doch wohl verlangen müssen, daß man abwartete, wie nun die Dinge weitergehen, ob nicht gerade etwa durch diese Stilllegung das Hauptübel, der Hauptgrund der Wirtschaftsnot, nämlich die hohen Kohlenpreise, überwunden werde? Es ist sachlich auch von erheblichem Interesse, zu sehen, wie sich eine andere Partei, nämlich das Zentrum, mit seinen erheblichen Arbeiterinteressen und wie sich die christlichen Gewerkschaften zu der Sache gestellt haben. Auch sie bekämpfen die Stilllegung der Werke, sie nennen sie einen falschen wirtschaftlichen Weg. Das läßt sich hören, wenigstens ist dann der politische Kampf vermieden und er ist rein auf wirtschaftlichem Gebiete gehalten. Da, wo er hingehört. Die Landeszeitung hält gerade der Sozialdemokratie in dieser Beziehung mancherlei vor. Sie wirft der Sozialdemokratie vor, ihre Stellungnahme werde von Agitationsbedürfnissen diktiert. Die Sozialdemokratie ist dann — ich muß das vorausschicken — nach dem Austritt in Verhandlungen mit dem Präsidenten der Regierungskommission getreten und hat dabei Dinge erreicht, die durchaus zu beacuten sind. Die Arbeiter sind untergebracht worden, zum größten Teil in der lothringischen Industrie, dann sind den Gemeinden, den Wohngemeinden erhebliche Zuschüsse und Kredite zur Verfügung gestellt worden, um Notstandsarbeiten damit auszuführen, so daß die Stilllegung der Röchlingwerke mit viel größerer Ruhe betrachtet werden konnte, weil die Hauptnot der Arbeiterschaft vermieden wurde. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Rault sich nun als Vertreter einer demokratisch-sozialen Weltanschauung ausgespielt, und die Saarbrücker Landeszeitung wirft der Sozialdemokratie wohl nicht mit Unrecht vor, daß sie auf dieses Gebaren anscheinend völlig herein gefallen ist und vollkommen vergessen hat, daß gerade unter der Regierung des Herrn Rault die berüchtigte Verordnung zur Bekämpfung des Koalitionsrechtes der Arbeiter herausgekommen ist und daß Herr Rault nach seiner ganzen Vergangenheit nicht als Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft begrüßt werden kann.

Die „Landeszeitung“ hebt ferner hervor, daß die Sozialdemokratie noch vierzehn Tage vorher eine Denkschrift an den Völkerrund unterschrieben habe, in der es heißt, daß die eigentliche Ursache der Not im Saargebiet die allzu hohen Kohlenpreise seien. Außerdem hat Herr Rault damals in Genf den Vorschlag des Führers der Sozialdemokratie, den Röchlingwerken doch einen Kredit zu gewähren, abgelehnt. Daß die Werke an der Saar in der Tat nicht in der Lage sind, bei diesen Kohlenpreisen zu arbeiten, ergibt sich am besten daraus, daß die Werke Dillingen und Neunkirchen ihre Kohlen einfach nicht bezahlen. Nun ist es aber durchaus fraglich, ob der Firma Röchling diese Kredite gewährt werden und zweitens ist es natürlich ein ander Ding, ob seitens der französischen Kohlenverwaltung derartige Kredite einem Industriellen, der rein deutsch ist, gewährt werden oder Werken, wie Neunkirchen und Dillingen, die zu 60 Prozent in französischer Hand sind. Für die 60prozentige französische Majorität mag unter Umständen eine starke Verschuldung dieser Werke bei dem französischen Kohlenfiskus, wenn eben diese Majorität auch einen gewissen Einfluß in Paris hat, gar nicht so unangenehm sein. Da lassen sich ohne große Phantasie leicht Mittel und Wege denken, wie diese Verluste auf die 40prozentige deutsche Minorität abgewälzt werden können. Aber daß es bedenklich ist, wenn ein Industrieller, der nur das Gegenteil von Liebkind sowohl beim französischen Kohlenfiskus als auch bei der Regierungskommission ist, Kredite über alles Maß in Anspruch nehmen würde beim französischen Kohlenfiskus, liegt m. E. auf

der Hand. Jedenfalls würde auch durch eine Kreditgewährung seitens des französischen Kohlenfiskus immerhin das nicht aus der Welt geschafft, daß Verluste mit der Weiterführung des Werkes verbunden sind und daß diese Kredite doch einmal bezahlt werden müssen.

Man muß die Sache doch so ansehen. Führt dieser Schritt dazu, daß in der Tat die Kohlenpreise abgebaut werden, so führt er zu einer Gesundung der wirtschaftlichen Lage des Saargebiets und dann meine ich, kann keine Partei im Saargebiet sich anmaßen, über diesen Schritt zu urteilen. Da gilt es doch in erster Linie abzuwarten. Ich glaube nicht, daß man nach der ganzen Vergangenheit des Herrn Röchling und seiner Tätigkeit in Genf, die Berechtigung hat, den Verdacht in den Vordergrund zu stellen, als ob es ihm nicht um eine Gesundung der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes und selbstverständlich seiner Werke durch die Beseitigung der hohen Kohlenpreise zu tun sei, sondern als ob er Schrittmacher einer reaktionären Partei sei, die beabsichtige, dem Arbeiter seine Rechte zu nehmen.

Zum Schluß möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß es gelingen wird, auch die Sozialdemokratie, von der ich hier sehr gern anerkenne, daß sie bisher durchaus die deutschen Belange verteidigt hat und daß sie manchmal ihr Agitationsbedürfnis zurückgestellt hat, um nicht die Einheitsfront zu gefährden, zu der Einsicht zu bringen, daß sie mit diesem Schritt eine große Dummheit getan hat. Wie will sie denn überhaupt vorwärts kommen? Gewiß, sie hat ja allerdings bei dem französischen Präsidenten der Regierungskommission nicht Unerhebliches erreicht, Dinge, die aber auch von allen begrüßt werden, wie die Unterbringung der Arbeiter. Es ist aber ohne Zweifel, daß der französische Präsident Rault dafür eines Tages auch die Gegeleistung verlangen wird, und dann steht die Sozialdemokratie am Scheidewege und so, wie ich die Führer der Sozialdemokratie im Saargebiet kenne, glaube ich die feste Hoffnung aussprechen zu können, daß sie dann diesen Verlodungen nicht nachgeben. Die Folge aber wäre, daß sie dann doch isoliert dastehen würden, sowohl isoliert gegenüber der Regierungskommission als auch den anderen politischen Parteien des Saargebiets gegenüber. Die Dinge rängen durchaus zu einer Wiedervereinigung, denn wie ich anfangs schon ausführte, die ganze wirtschaftliche Notlage beruht doch letzten Endes nur auf dem Versailler Vertrag in seinen verschiedenen Auswirkungen. Diesen Versailler Vertrag zu bekämpfen, haben sich bisher sämtliche politische Parteien des Saargebiets zur Aufgabe gemacht, und sie haben dabei nicht unerhebliche Fortschritte erzielt. Es wird das weiter ihre Aufgabe sein und sie werden sich selbst diese Aufgabe unendlich erschweren, vielleicht sogar unmöglich machen, wenn es bei einer Trennung bleibt, wie sie jetzt von der Sozialdemokratie in völliger Verkennung der Sachlage herbeigeführt worden ist.

Ich habe keinen Zweifel, daß es den vereinigten Parteien und der einfachen wirtschaftlichen Notwendigkeit gelingen muß, auch wieder bessere Verhältnisse herbeizuführen; denn es ist natürlich auf die Dauer unerträglich, wenn große Werke auf lange Zeit stillliegen, oder wenn die gesamte Industrie eines so bedeutenden Bezirkes, wie es das Saargebiet ist, zum Erliegen gebracht wird. Wirtschaftliche Notwendigkeiten werden sich durchsetzen, hoffen wir, daß auch die politischen sich durchsetzen, damit auch das Saargebiet das bleibt, was es für uns bisher war und als was wir es immer gern betrachten wollen, nämlich als ein Vorbild der Einigkeit der Deutschen in ihrer Not, die doch nur von den fremden Völkern, von den feindlichen Völkern verursacht worden ist. Dieses Vorbild war uns das Saargebiet bisher und ich hoffe, es wird es in kurzem auch wieder sein.

Die Probe aufs Exempel.

Wir gaben in unserer letzten Nummer die Ausführungen des deutschen Reichsaußenministers Dr. Stresemann wieder, die er am 13. November in Dortmund auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei gemacht hatte. In der Einleitung seiner großen außenpolitischen Rede hatte er ausdrücklich darauf verwiesen, daß es ihm durch die Auflösung des Reichstages nicht möglich gewesen sei, vor dem Parlament die politischen Richtlinien der deutschen Außenpolitik neuerdings klar zu legen. Aus diesem Grunde benützte er die erste Gelegenheit, um von deutlich vernünftiger Stelle aus zu sagen, was er zur deutschen Außenpolitik zu sagen hatte. Diese Einleitung Dr. Stresemanns muß man auch seinen Ausführungen über das Saargebiet voranstellen, um nicht zu falschen Schlüssen zu kommen, wie es verschiedentlich geschehen ist. Dr. Stresemann sprach in Dortmund in seiner ersten Rede nicht als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei, sondern als Außenminister des Deutschen Reiches. Und als solcher kennzeichnete er kurz die Lage, wie sie sich historisch entwickelt hat, wie sie heute aussieht und wie sie sein wird. Er wies auf den Clemenceauschen Schwindel von den 150 000 Saarfranzosen

hin, der gebraucht wurde, um zu einer wirtschaftlichen Regelung in der Saarfrage zu kommen, die dann politisch ausgewertet werden sollte. Dr. Stresemann nannte diesen Schwindel einen Fehler, der 1919 gemacht worden sei, gebrauchte also eine sehr milde Bezeichnung, wie er sie als Außenminister vielleicht auch nicht anders gebrauchen konnte. Denn wir befinden uns zurzeit in einem Entwicklungsstadium, das von Veröhnung und Verkündigung diktiert sein soll. Er sprach dann weiter von der Bevölkerung an der Saar, die der Welt offenkundig gemacht habe, daß an der Saar wirklich nur Deutsche wohnen, und wies darauf hin, daß man auch in weiteren zehn Jahren von dieser Bevölkerung nicht erwarten könne, daß sie ihren Gefühlen eine andere Richtung geben könnte.

Aber dann gebrauchte Dr. Stresemann eine Wendung, die, wenn man will, Anlaß zu Trugschlüssen geben könnte. Er sagte: „Aber jene Behauptungen von 1919 sind nun einmal da.“ Mit jenen Behauptungen meinte er den Betrug Clemenceaus, mit dem er Wilson in Versailles hineingelegt hat. Er nannte die Regelung der Saargebietsfrage auf Grund der

Clemenceauschen Lüge einen Fehler, wie auch Mac Donald in seiner bekannten großen Rede auf der letzten Völkerversammlung in Genf die Regelung der oberrheinischen Frage sehr vorsichtig als einen Fehler bezeichnet hat. Diese Bezeichnung Mac Donalds hatte bekanntlich nicht nur in der polnischen Presse, sondern auch in der französischen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man hatte also sehr richtig verstanden, was Mac Donald damit gemeint hat, nämlich, daß die Abtretung Oberrheinens an Polen eine Vergewaltigung des Rechts und des Volkswillens darstellt. Wir haben nicht beobachtet, daß die Bemerkung Stresemanns über den „Fehler“ der Versailler Konferenz hinsichtlich des Saargebietes einen ähnlichen Entrüstungssturm ausgelöst hat. Das ist erklärlich, denn in Frankreich hat man kein besonderes Interesse daran, „Fehler“ in der Saarfrage zur Erörterung zu stellen, weil Frankreich in diesem Falle regelmäßig mit den Bestimmungen von Versailles in Konflikt gerät.

„Aber“, sagt Stresemann, „jene Behauptungen von 1919 sind nun einmal da.“ Sollen diese Behauptungen unwidersprochen und unberührt auf immer bestehen bleiben? Das ist die Frage, die wir sehr ernsthaft an den Reichsaussenminister richten. Wenn er als solcher selbstverständlich auch gewisse diplomatische Rücksichten zu üben hat, so darf er sich dennoch nicht hüten, Unrecht eben als Unrecht und Betrug als Betrug zu bezeichnen. Wie wir ihn kennen, scheut er sonst nicht davor zurück, zur gegebenen Zeit das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Er hat zum Entsetzen gewisser „Politiker“ in Deutschland das erprekte Alleinschuld bekennnis als das bezeichnet, was es ist, als eine Lüge. Und sollte er, meinen wir, den Clemenceauschen Betrug nicht nur einen Fehler nennen, sondern als ganz perfide Lüge bezeichnen. Als Lüge, die das Schicksal des Saargebietes in katastrophaler Weise festgelegt hat und das nicht auf ewig bestehen darf.

Und dann: Es wird nichts anderes übrigbleiben, als die Probe aufs Exempel zu machen und die Bevölkerung abstimmen zu lassen.“ Wir haben vermehrt, daß Herr Dr. Stresemann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen hat, daß die Saargebetsbevölkerung bei den Wahlen zum Saarlandestat diese Abstimmung bereits zweimal getätigt hat und den Beweis erbracht, daß 99 Prozent der Bevölkerung trenn zum deutschen Vaterlande stehen. Das ist der Fehler der deutschen Politik und der deutschen Presse, daß sie Vorgänge, die zugunsten Deutschlands sprechen, nicht so in das grelle Licht der Öffentlichkeit

und der diplomatischen Aktionen rückt, wie es notwendig wäre. Die Welt muß darauf gestoßen werden, damit sie bei jedem Schritt, der getan wird, über die Steine stolpert, die Gewalt, Betrug und Eroberungssucht auf den Weg des Friedens geworfen haben. Gewiß, solange das Versailler Dokument besteht, solange müssen wir uns auf seine Bestimmungen berufen. Wir dürfen aber nicht den Anschein erwecken, als ob wir dieses Dokument als einen Vertrag betrachten, der durch den freien Willen aller beteiligten Staaten entstanden und daher unabänderlich ist. Dieses Dokument, das uns die Entente als sogenannten Friedensvertrag übergeben hat, besteht so lange für das deutsche Volk als null und nichtig, solange der Geist der Eroberung, der Lüge und der Rache noch darin vorherrscht und die Bestimmungen nicht so revidiert werden, daß Deutschland in freiem Willen und mit der Absicht, der Befriedung der Welt zu dienen, unterzeichnet. „Die Probe aufs Exempel“ machen und die Abstimmung im Saargebiet bis zum Jahre 1935 als Rechtsbestimmung anerkennen, bedeutet, sich mit dem Diktat von Versailles abzufinden.

Gewiß, diese Bestimmungen sollen unter einziger Schutz sein gegen weitere Raubgelleste östlicher und westlicher Staaten. Aber sie sind ein Notschutz, niemals ein Rechtsschutz. Der Vertrag an sich ist unwirksam und ungültig. Schon allein durch den Betrug über das Saargebiet, durch den „Fehler von 1919“, der eine „wirtschaftliche Lösung“ vortäuschte, um politische Annexionsziele durchzuführen. Das Saargebiet betrachtet das Anfinnen, 1935 durch Abstimmung zu beenden, ob es zu Deutschland oder zu Frankreich gehört, als eine Beleidigung. Dr. Stresemann hat in Dortmund sehr richtig betont, daß die Bevölkerung der Welt offenkundig gemacht hat, daß an der Saar wirklich nur Deutsche wohnen. Aus dieser seiner innersten Überzeugung hätte Dr. Stresemann die Konsequenzen ziehen müssen und erklären, was verlangt das Diktat von Versailles eine Volksabstimmung, aber sie ist eine Farce, sie stellt den Versuch dar, die Weltmeinung irreführen, sie bedeutet die Absicht Frankreichs, die Bevölkerung durch Gewaltmaßnahmen während 15 Jahren müde zu machen. Das sollte Dr. Stresemann nicht nur als Parteimann, sondern auch als deutscher Reichsaussenminister offen und unter Hinweis auf das mehr als hundertfältige Bekennnis der deutschen Saarbevölkerung vor aller Welt erklären. Die Regelung der Saarfrage, die Forderung der Abstimmung ist nicht nur ein Fehler, sie ist eine Lüge, sie stellt eine Rechtsverletzung dar.

Französischer Umschwung in der Saarpolitik.

In den letzten Wochen ist die Saarfrage in der ausländischen Presse erneut wiederholt behandelt worden. Abgesehen von einigen Veröffentlichungen ausgesprochen französischer Annexionsisten, wie wir eine an anderer Stelle wiedergeben, spricht aus diesen Veröffentlichungen in gewissem Umfange die Erkenntnis, daß die französische Saarpolitik sich auf falschem Wege befindet. In einsichtigen und ehrlichen französischen Kreisen beginnt sich langsam die Überzeugung Bahn zu brechen, daß das, was man dem französischen Volke über französische Sympathien im Saargebiet erzählt hat, mindestens eine grobe Täuschung war. Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat die Entscheidung über die Saarfrage in Versailles als einen Fehler bezeichnet. Das ist das mindeste, was man deutscherseits von dieser Entscheidung sagen kann, und das höchste, was man darüber in Frankreich sich in vertraulichem Kreise zu sagen wagt. Politisch war die Regelung ein Betrug, wirtschaftlich ein Mißgriff. Die wirtschaftlichen Ziele, die mit der Regelung der Saarfrage in Versailles angeblich erstrebt wurden, sind längst erreicht und wären gerechter und besser erreicht worden, wenn man seinerzeit auf die deutschen Vorschläge eingegangen wäre. Die Ueberzeugung der Saargruben an Frankreich bedeutet ein Unrecht, da diese nur als Ersatz für die zerstörten Gruben in Nordfrank-

reich gedacht waren. Diese Gruben sind aber zum größten Teil wieder voll in Betrieb bzw. werden in kürzester Zeit wieder völlig hergestellt sein. Der Reparationszweck der Saargruben fällt damit weg und also auch die Berechtigung, Frankreich fernerhin noch die Saargruben zu überlassen.

Von dem wirtschaftlichen Unsinn der Saarregelung ist man jetzt auch in Frankreich um so mehr überzeugt, als mit dem 10. Januar l. Js. die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollregime Tatsache und damit das Wirtschaftsleben an der Saar mit dem französischen aufs engste verknüpft wird. In französischen Wirtschaftskreisen weiß man, daß die Durchführung dieser Bestimmung von Versailles für das französische Wirtschaftsleben von weittragenden Folgen sein muß. Es mehrten sich daher die Stimmen, die wünschen, daß in Verbindung mit den zurzeit geführten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich bzw. zu Deutschland eine vernünftige Regelung getroffen werde. Gewisse französische Wirtschaftskreise möchten natürlich eine Regelung, die einen ungehinderten Absatz französischer Waren im Saargebiet zuläßt, auf der anderen Seite jedoch die saarländische Produktion vom französischen Markt ausschließt. Eine solche Regelung ist selbstverständlich unmöglich. In saarländischen Wirtschaftskreisen vertritt man rein sachlich den Standpunkt, daß allen in Frage kommenden Interessenten, Frankreich, Deutschland und dem Saargebiet am besten gedient würde, wenn der bestehende Zustand der zollpolitischen Behandlung des Saargebietes beibehalten bliebe, d. h., wenn die französisch-saarländische Zollgrenze mit der politischen zusammenfiel. Kürzlich veröffentlichte die „Times“ einen Aufsatz ihres Sonderberichterstatters über die Saarfrage, in dem unter anderem ausgeführt wurde:

„Das ganze Leben an der Saar werde von dem Chaos bedroht, das eintreten müßte, wenn im nächsten Januar in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag die Saar in das französische Zollsystem einbezogen werde.“

Dieser Tage besuchte sich auch der bekannte französische Journalist Jean Herbertte, der neuernannte französische Botschafter

Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11

Königsplatz Straße 94 II als Einzelmitglieder oder bei den überaus zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.

in Moskau, mit den deutsch-französischen Beziehungen. Er äußerte sich darüber dem Pariser Vertreter der „Bürger Zeitung“ und sprach sich außerordentlich optimistisch aus. Zweifellos vertrat Herbette lediglich seine persönliche Meinung, trotzdem kommt ihr eine größere Bedeutung zu, einmal dadurch, daß Herbette enge Beziehungen zu Herrlot unterhält, also kaum eine der Herrlotschen zuwiderlaufende Auffassung zum Ausdruck bringen würde, zum andern dadurch, daß der Honorer Funddienst diese Ausführungen verbreitete mit der Bemerkung, daß Herbette seine Ausführungen „sozusagen als Sprecher der Regierung getan habe“, und daß sie darauf schließen ließen, „daß Herrlot zu Opfern bereit ist, um die französisch-deutsche Freundschaft wieder herzustellen“. Man wird natürlich gut tun, daraus keine falschen Schlüsse zu ziehen.

Immerhin sei aus den Ausführungen Herbettes hervorgehoben, daß er Deutschland „als mögliche Folge einer ehrlichen Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan und in Bezug auf die Entwaffnung“ in Aussicht stellt:

Völlige Räumung der Ruhr.

Rückgabe des Saargebietes, dessen deutsche Bevölkerung ja doch wohl niemals Frankreich ihre Stimme geben würde und dessen Kohlenlieferungen sich Frankreich auch durch Verträge sichern könne.

Berichtigung der östlichen Grenzen Deutschlands, die sich Herbette unter Schonung der französisch-polnischen Beziehungen im Wege einer Beseitigung des Korridors denkt, und schließlich

Ueberlassung kolonialer Mandate.

Also auch hier ein Hinweis auf das Saargebiet und zwar ein Hinweis, der erkennen läßt, daß man sich in Frankreich über die unmögliche Lösung der Saarfrage nach dem Versailler Diktat keinen Täuschungen mehr hingibt.

Es ist erklärlich, daß die mancherlei Meldungen und Ausführungen im In- und Ausland über die Saarfrage erhöhtes Interesse im Saargebiet selbst finden. Es ist auch nicht verwunderlich, daß diese erhöhte Beachtung der Saarfrage außerhalb des Saargebietes in der saarländischen Bevölkerung zu allerlei Gerüchten und Kombinationen führen. In erster Linie natürlich geben die zur Zeit stattfindenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu solchen Kombinationen Anlaß. Man hofft im Saargebiet und nicht zuletzt auch in den Kreisen der französischen Industriellen im Saargebiet, daß durch die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zu mindest die drohende Abschließung des Saargebietes von seinen natürlichen Absatz- und Bezugsmärkten im Reich vermieden werden kann. Zum Teil geht man in den Erwartungen noch weiter und sieht in diesen Verhandlungen die erste Möglichkeit und Gelegenheit, das zwischen Frankreich und Deutschland immer noch schwebende Saar-

problem einer Lösung näher zu bringen. Man ist sich selbstredend händlich im Klaren darüber, daß diese Lösung nur in deutschem Sinne ausfallen darf, daß aber auf der anderen Seite Frankreich ohne jedes Recht das Saargebiet als Kompensationsobjekt zu benutzen suchen wird. In welcher Richtung sich die Gedanken der Bevölkerung des Saargebietes in dieser Frage bewegen, geht aus den folgenden Zeilen der Saar-Zeitung hervor, die schreibt:

Seit längerer Zeit ist uns bekannt, das man des Saarproblem in Frankreich eifrig diskutiert. Die verantwortlichen Stellen in Frankreich wissen, daß eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nur dann zu erreichen ist, wenn das schwere Unrecht gegenüber dem Saargebiet wieder gut gemacht wird. Die Rede des französischen Diplomaten Herbette bestätigt, was wir über das Saarproblem, wie es von maßgebenden französischen Politikern beurteilt wird, längst wußten. Die politische Seite des Saarproblems ist für die gegenwärtige Regierung in Frankreich so gut wie erledigt. Sie wissen, daß die Saarbevölkerung freiwillig nie zu Frankreich kommen wird. Wohin aber Gewalt führt, davon hat das französische Volk durch die Politik Poincarés einkreisen genug. Nach Lage der Sache, kann es Frankreich an der Saar auf eine Abstimmlung gar nicht ankommen lassen, denn wie darf es sich im Interesse seines Ansehens in der Welt eine solche blamable Niederlage, daß sich vielleicht 98 bis 99 % gegen Frankreich wenden, ziehen? Bleibt die Saarbevölkerung in ihrem Willen, möglichst bald wieder zum Reich zurückzukehren, unbegänglich, dann dürfen wir mit gutem Glauben hoffen, daß das Saarproblem über kurz oder lang seine Lösung findet. Wie diese lauten wird, ist nicht zweifelhaft. Sie lautet:

„Zurück zum Reich!“

Solche Gedanken und Hoffnungen könnten selbstverständlich auch im Saargebiet keinerlei Boden finden, wenn nicht durch den Regierungswechsel in Frankreich sich scheinbar allmählich ein neuer Geist in der französischen Politik durchzusetzen versuchte. Im Saargebiet ist man wie in den besetzten Gebieten davon überzeugt, daß, was die deutsche Delegation als den Eindruck ihres Londoner Aufenthaltes mit nach Hause brachte, nämlich daß Herrlot einen ehrlichen Verständigungswillen hege, nicht eine Täuschung ist. Das französische Volk wird nun die Beweise zu erbringen haben, ob es eine Versöhnungspolitik auch bis zur letzten Konsequenz unterstützen will, dahingehend, die Bestimmungen des Versailler Diktats, die lediglich von Rache, Eroberungssucht und Vernichtungswillen diktiert sind, so zu gestalten, daß daraus ein wirklicher Frieden entstehen kann. Herbette hat einige Punkte aufgeführt, die in erster Linie zu bereinigen sind, unter ihnen steht die Saarfrage nicht an letzter Stelle.

Der französische Einfluß im Saargebiet.

In welcher Weise das französische Volk über gewisse politische Vorgänge und gewisse politische Tatsachen irreführt und belogen wird, ergibt sich aus einer Veröffentlichung der französischen Zeitschrift „Le Moniteur de l'Exportation“ über das Saargebiet aus der Feder des Außenhandelsrats Ernest Bauer. Um erkennen zu können, in welcher trivialen Weise hier die Wahrheit verdreht und das französische Volk belogen wird, geben wir die Ausführungen dieses Herrn hier wieder. Er schreibt in dem Septemberheft der genannten Zeitschrift:

„Man hat jetzt erkannt, wie wertvoll für uns die französische Durchdringung des Saargebietes ist, eines Landes, das ein bedeutendes Absatzgebiet darstellt und von einer vom Völkerbund ernannten Regierungskommission verwaltet wird.“

Die Alldeutschen haben wiederholt diese Kommission angegriffen und versucht, sie in ihrer amtlichen und friedensstiftenden Rolle zu beeinträchtigen. Der Vorsitzende der Kommission ist ein Franzose: der frühere Präfekt des Rhonedepartements, Staatsrat Rault; ihren Sitz hat die Kommission in Saarbrücken.

Die bedeutende Persönlichkeit unseres Landsmannes hat sofort alle Stimmen für sich gewonnen, sowohl die unserer Landsleute, die sich jetzt in großer Zahl im Saargebiet niedergelassen haben, wie auch die der eigentlichen Saarbevölkerung, die begeistert ist von einer so klugen und erfolgreichen Verwaltung.

Seit der Besetzung durch die Franzosen, die sich dauernd wohlwollend gegen die Bevölkerung — größtenteils Bergleute und Metallarbeiter — gezeigt haben, hat sich im ganzen Bereich des

Saargebietes ein starker Trieb zu intensiver Produktion und zur Ausfuhr nach Frankreich entwickelt.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten war wohlberaten, als es zur Verwaltung dieses ungeheuren Grubenbezirks die Elite der französischen Ingenieure entsandte und an ihre Spitze einen wirklich bedeutenden Generaldirektor stellte, the right man at the right place.

Die Saarländer haben sich überzeugen können, daß die traurige Nachricht der Alldeutschen, wir seien weder organisatorisch begabt noch konsequent, Bluff und Lüge ist, gerade so wie alles, was die Deutschen während des Krieges ausgekreut haben.

Die staatlichen Bergwerke im Saargebiet, die mit ihren gesamten Eisenbahnanlagen und Einrichtungen als Ersatz für die Verwüstungen in den Bergwerksbezirken des Departements Nord und Pas-de-Calais Frankreich als volles Eigentum übertragen worden sind, weisen heute weit bedeutendere Erträge auf als unter preussischer Verwaltung.

Drei Jahre lang hat der Kampf zwischen Marx und Frank dem Geschäftsleben starken Abbruch getan. Seit dem 1. Juni 1923 hat die Einführung unseres Geldes als allein gültige Währung eine seit langem ersahnte Einheitlichkeit geschaffen. Kein anderes Geld ist im Umlauf als der Frank, den Ruhestörern jenseits des Rheines zum Tort, die seitdem ihren Einfluß schwinden sahen.

Bekanntlich genießen die französischen Einfuhrwaren im ganzen Saargebiet Zollfreiheit. Post, Telegraph und Telefon werden sämtlich von uns verwaltet. Die Saarländer nennen sich freiwillig „Schützlinge Frankreichs“. Vom 10. Januar 1925 an

Nicht nur Rhein und Ruhr, sondern stets Rhein, Ruhr und Saar!

verbessert sich die Lage noch für uns, denn die Zollgrenzen werden an diesem Tage hinausgeschoben werden, die zollfreie Einfuhr deutscher Waren hört auf, und diese unterliegen dann dem allgemeinen Zolltarif.

Es ist nun Sache unserer Landsleute, aus dieser Lage Nutzen zu ziehen. Sie werden im Saargebiet, zwei Schritte von Elsass-Lothringen, eine arbeitsame und disziplinierte Bevölkerung, ein Gebiet mit großem Warenbedarf und einen Geist vorfinden, der auf Fortschritt gerichtet ist und den guten Willen hat, im besten Einvernehmen mit denen zu leben, die ihnen nach dem Waffenstillstand zusammen mit dem Frieden eine weise und geruhige Verwaltung gebracht haben.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich zunächst, daß im Vordergrund des französischen Interesses für das Saargebiet die Frage steht, in welcher Weise das Saargebiet wirtschaftlich ausgebaut werden kann. Es geht weiter daraus hervor, daß man in Frankreich an verantwortlicher Stelle nicht ansteht, der Wahrheit direkt ins Gesicht zu schlagen, wenn z. B. behauptet wird, „die Saarbevölkerung sei begeistert von einer so großen und erfolgreichen Haltung, wie sie von dem Franzosen Rault im Saargebiet ausgeübt wird.“ Auch die Behauptung, daß die staatlichen Bergwerke im Saargebiet heute weit bedeutendere Beträge aufweisen, als unter preussischer Verwaltung, lassen deutlich erkennen, daß von der französischen Saarverwaltung selbst derartige Artikel in der französischen Presse veranlaßt werden, weil sie den

schlechten Eindruck verwischen sollen, der im Saargebiet über die Ruhrwirtschaft auf den französischen Saargruben hervorgerufen worden ist. Der Artikel verschweigt mit gutem Grunde die Tatsache, daß die Belegschaft der Saargruben von rund 50 000 auf über 73 000 gestiegen ist, ohne daß die Förderungsziffern vom Jahre 1913 bereits wieder erreicht wurden, nicht erreicht werden konnten, weil die technischen Anlagen langsam immer mehr verfallen und die Bergleute nur unter größten Schwierigkeiten und größtem Materialmangel ihre Arbeit verrichten müssen bei ständig zunehmenden Gefahren für Leben und Gesundheit.

Besonders hervorheben muß man, daß der Artikel davon spricht: „Post, Telegraphie und Telephon werden sämtlich von uns verwaltet.“ Damit wird bestätigt, was von der Saarregierung zwar bestritten, von uns aber immer wieder festgestellt wurde, daß die gesamte Verwaltung des Saargebiets durch die Politik des Herrn Rault langsam in französische Hände übergeleitet werden soll. Daß der Artikel zum Schluß noch einmal mit einer biden Lüge schließt, indem er behauptet, die Saarländer nannten sich freiwillig „Schützlinge Frankreichs“, ist nicht mehr verwunderlich. Wie schlecht müßten der Artikelschreiber und Herr Rault abschließen, wenn sie aufgefordert würden, nur 50 solcher freiwilligen Erklärungen von Saarländern aufzubringen. An sich brauchte man sich mit solchen Lügenartikeln nicht abzugeben, wenn nicht mit der Länge der Zeit sich die Gefahr ergäbe, daß derartige Behauptungen aus einem Gewohnheitsrecht ein Annegationsrecht machten.

Das Auswärtige Amt zur Schulfrage im Saargebiet.

Wir gaben in unserer letzten Nummer einen Auszug dem Rechtsgutachten des Prof. Partsch, Berlin, über die Schulfrage im Saargebiet. Das Gutachten wurde mit einer Note des deutschen Auswärtigen Amtes am 16. September dem Generalsekretär des Völkerbundes übersandt. Die Note befaßt sich mit verschiedenen Einwänden, die die Saarregierung gegen die Auffassung der deutschen Regierung dem Völkerbund gegenüber gemacht hatte. Die deutsche Regierung bringt darin zum Ausdruck, daß ihr die Bestimmung des umstrittenen Paragraphen 14 des Saarstatuts als eine Einheit in dem Sinne erscheine, daß der Vertrag die Errichtung gewisser Schulen durch den französischen Staat gestattet und für diese Schulen den Unterricht in französischer Sprache vorsieht. Mit französischer Unterrichtssprache seien französische Staatsschulen eine normale, mit deutscher Unterrichtssprache aber eine so auffällige Erscheinung, daß keineswegs angenommen werden könne, daß es ohne ausdrückliche Hervorhebung im Vertragstext im Belieben des französischen Staates stehen könnte, auch solche Schulen zu errichten. Uebrigens überlasse der Wortlaut des Paragraphen 14 dem französischen Staat „die Wahl“ bezüglich des Lehrprogramms und der Lehrer, nicht aber bezüglich der Unterrichtssprache. Es zeugt von der ganz einseitigen französischen Einstellung der Regierungskommission, wenn sie in ihrer Eingabe an den Völkerbund die Ansicht vertritt, aus der Tatsache, daß der Paragraph 14 in dem 1. Kapitel der Anlage seinen Platz gefunden habe, könne nichts gefolgert werden. Der deutschen Regierung erscheint diese Folgerung durchaus klar und naheliegend, daß der Paragraph 14, da er in das 1. Kapitel eingereiht worden ist, dem französischen Staat auch auf dem Gebiet des Schulwesens nur solche Befugnisse gibt, die mit der Ausbeutung der Gruben

in Zusammenhang gebracht werden können. Die deutsche Note weist gegenüber einem andern Einwand der Regierungskommission darauf hin, daß bei dem Zustandekommen des Vertrags entgegen den französischen Vorschlägen die Rechte Frankreichs auch bezüglich des Schulwesens streng begrenzt wurden auf die Ausbeutung der Gruben, während die Regierungskommission den französischen Staat im Schulwesen einen Einfluß gewinnen ließ, der über das durch den Grubenbetrieb gerechtfertigte Maß weit hinausgeht und praktisch dem Einfluß nahekommt, den Frankreich im März 1919 verlangt aber nicht erhalten hat.

Die deutsche Note tritt dann der Auffassung der Regierungskommission über die Auslegung des Paragraphen 28 entgegen, daß die Bevölkerung schon deshalb ihre Schulen behalten hätten, weil keine der Schulen eingegangen sei und für ihre Unterhaltung beträchtliche Mittel aufgewandt werden würden. Die deutsche Regierung gibt dem Paragraphen 28 einen tieferen Sinn. „Behalten“ im Sinne dieser Bestimmung können die Bewohner ihre Schulen nur dann, wenn deren gesamte besondere und bevorzugte Rechtsstellung gewahrt wird, wenn sie die einzigen bleiben, in denen die Kinder der Bewohner der gesetzlichen Schulpflicht Genüge leisten können. In diesem Sinne hat die Regierungskommission den Paragraphen 28 nicht eingehalten. Außerlich stehen zwar die Landeschulen noch da wie früher, sie sind aber nicht mehr mit denselben Vorrechten ausgestattet. Die Regierungskommission hat neben ihnen andere Schulen sich entwickeln und an ihren Vorrechten Anteil nehmen lassen. In diesem Sinn kann deshalb nicht die Rede davon sein, daß die Einwohner ihre Schulen „behalten“, wie der Vertrag es vorschreibt. Die französischen Schulen sind eine Art von Konkurrenzanstalten der Landeschulen geworden. Damit ist sogar die Möglichkeit gegeben, daß die französischen Schulen die Landeschulen vollständig verdrängen. Zwar wird auch nach Ansicht der deutschen Regierung diese Möglichkeit sich nicht verwirklichen, aber es muß doch darauf hingewiesen werden, denn die bloße Möglichkeit beweist, daß der Standpunkt der Regierungskommission zu offensichtlich vertragswidrigen Folgen führen kann und deshalb unhaltbar ist.

Von besonderer Bedeutung sind die Bemerkungen der Regierungskommission über den Besuch der französischen Schulen durch Kinder der nicht zum Grubenpersonal gehörigen Bewohner des Saargebiets. Hier sollte, wie die deutsche Regierung glaubt, der einfache Wortlaut des § 14 nicht den leisesten Zweifel darüber lassen, daß die französischen Schulen für diese Kinder nicht geöffnet werden dürfen. Die Regierungskommission ist anderer Meinung. Sie erklärt, der § 14 brauche überhaupt nicht herangezogen zu werden; schon auf Grund ihrer allgemeinen Befugnisse nach Maßgabe der geltenden Rechtsordnung könne sie auch der nichtbergmännischen Bevölkerung die französischen Schulen zugänglich machen, ähnlich wie sie den Besuch von Privatschulen gestatten könne; hierbei lasse sie sich von der Erwägung leiten, daß das Saargebiet ein Grenzbezirk sei und Frankreich im Wirtschaftsleben des Gebiets eine wichtige Rolle spiele, weshalb die Kenntnis der französischen Sprache, vermittelt durch Schulen des französischen Staates, von Vorteil sein könne.



**Was jeder Deutsche
vom Saargebiet und Bund
„Saar-Verein“ wissen muß**

ragt das von der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegebene

**Merkblatt mit Bildern
und
Karte des Saargebiets.**

Die Sache des Bundes „Saar-Verein“
muß Sache des ganzen deutschen Volkes
werden, jeder gute Deutsche, besonders
aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat,
soll und muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ oder seiner Orts-
gruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund
„Saar-Verein“ sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: Lützow 2348 Königsgräber Straße 94 Fernspr.: Lützow 3240

Diese Ausführungen sind kennzeichnend für die allgemeine Tendenz der Politik der Regierungskommission. Das Saargebiet ist Abstimmungsgebiet. An dem Ergebnis der Abstimmung sind Deutschland und Frankreich interessiert. Der deutschen Regierung ist durch den Vertrag von Versailles jede unmittelbare Betätigung im Saargebiet verwehrt, der französischen in weitem Maße erlaubt, da der französische Staat als Besitzer der Kohlengruben der bedeutendste Arbeitgeber im Saargebiet ist und da das Gebiet zum französischen Zollsystem geschlagen worden ist. Bei dieser Sachlage sollte peinlichst alles vermieden werden, was die durch den Vertrag geschaffene Ungleichheit noch mehr zugunsten Frankreichs verschieben könnte. Die Regierungskommission tut das Gegenteil. Der große Einfluß Frankreichs im Saargebiet ist ihr ein Grund, diesen Einfluß noch zu verstärken. Ueber den Vertrag hinaus und gegen ihn behält sie französische Truppen im Lande, duldet eine französische Militär-gendarmerie und französische Kriegsgerichte und besetzt die wichtigen Posten in der Verwaltung mit wenigen Ausnahmen mit Beamten französischer Staatsangehörigkeit. In diesen Rahmen gehört auch die Erweiterung der Befugnisse des französischen Staates auf dem Gebiet des Schulwesens. Die deutsche Regierung will nicht nochmals ausführen, daß die geltenden Gesetze im Saargebiet tatsächlich der Regierungskommission nicht die Ermächtigung geben, die sie ihnen entnehmen will. Sie sieht auch davon ab, näher darzutun, daß zwischen Privatschulen und Schulen eines fremden Staates natürlich ein grundlegender Unterschied besteht, und daß dieser Unterschied besondere Schärfe gewinnt, wo es sich um ein Abstimmungsgebiet und um Schulen eines am Ergebnis der Abstimmung interessierten Staates handelt. Mit alledem Nachdruck aber muß sie der allgemeinen Tendenz widersprechen, die aus den Argumenten der Regierungskommission hervorgeht und darin besteht, Frankreich im Saargebiet noch mehr Rechte zu verschaffen, als ihm der Vertrag gegeben hat.

Zum Schluß hebt die deutsche Note hervor, daß sie mit Erstaunen feststellt, daß die Regierungskommission sich über die Wirkung ihrer Maßnahmen noch heute einer Täuschung hingeben scheint. Die äußerst zahlreichen Rundgebungen der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Geistlichkeit, der Lehrerschaft und der Presse seit mehreren Jahren hätten die Regierungskommission überzeugen können, daß ihre Haltung gegenüber den französischen Schulen nicht versöhnend und beruhigend, sondern aufreizend wirkt. Die Note stellt fest, daß jedermann bereit sei, zuzugestehen, daß französische Kinder von der französischen Regierung errichtete und geleitete Schulen besuchen dürfen, obwohl die deutsche Bevölkerung des Saargebiets für ihre Kinder keine Schulen zur Verfügung hat, die unter Leitung ihrer angestammten Regierung stehen. Hingegen wird mit Entschiedenheit gefordert, daß deutsche Kinder nicht in französische Schulen gezogen werden. Solange diese Forderung der Gerechtigkeit nicht erfüllt ist, wird keine Ruhe und kein Geist der Versöhnung im Saargebiet herrschen.

Der Note waren, wie bereits erwähnt, zwei Gutachten beigegeben, das des von uns bereits im Auszug wiedergegebenen von Professor Bartsh und eines von dem hervorragenden amerikanischen Völkerrechtslehrer Borchard, Professor an der Yale University. Professor Borchard hat sich besonders mit der Auslegung des Artikels 14 beschäftigt und festzustellen versucht, was unter dem Ausdruck „Personen“ und die Kinder des Personals“ verstanden sein soll. Er kommt in seinen Betrachtungen zu der Auffassung:

Die einzigen möglichen Gesichtspunkte bezüglich des Sinnes von Artikel 14, die nach meiner Ansicht begründet sind, sind entweder

a) daß das Wort „employés (Angestellte, Personal)“ beschränkt ist auf höhere Beamte und den durch Gehalt entlohten Stab, der normalerweise französischer Abstammung sein wird, um so mehr, als diese Personen einen unmittelbaren Anteil an dem Betrieb der Gruben haben werden,

oder

b) daß dieses Wort den Teil des „Personals“ und seiner Kinder mit umfaßt, das aus Frankreich oder aus anderen nicht deutschen Gegenden in das Saarbecken eingeführt worden ist.

Von diesen beiden Auslegungen halte ich die letztere für die stichhaltigere, aber in jedem Falle bin ich der Ansicht, daß keine Auslegung die Schlussfolgerung rechtfertigen kann, daß die Kinder von deutschen Bergleuten oder anderen deutschen Arbeitern in den Ausdruck „Angestellte (employees)“ oder „Personal (personnel)“ mit einbegriffen sind, oder daß die Absicht bestand hat, diese Personalklassen einem Schulunterricht in französischen Schulen und in französischer Sprache zu unterwerfen.

Artikel 14 stellt für sich selbst ein ganz ausnahmsweises Beispiel dar, das einem fremden Staat gegeben worden ist, um seine

Bürger den örtlichen Gesetzen zu entziehen. Als Ausnahmebestimmung muß dieser Artikel eng ausgelegt werden, ganz abgesehen von dem Umstand, daß er von Personen abgefaßt worden ist, die ihn offenbar zu ihrem eigenen Vorteil abgefaßt haben. Der Artikel gibt dem französischen Staat das Vorrecht, in Schulen, zu deren Errichtung er das Recht erhielt, den Unterricht „in französischer Sprache“ erteilen zu lassen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Ausnahmebestimmungen in irgendeiner Weise dahin ausgelegt werden könnten, daß sie die Ermächtigung enthielten, den Unterricht auch in deutscher Sprache erteilen zu lassen.

Was die weiteren von der Regierungskommission angezogenen Artikel 19 und 23 betrifft, so kommt Prof. Borchard zu der Feststellung, daß die geltenden Gesetze die deutschen Kinder zum Besuch der öffentlichen Schule verpflichten. Die Erlaubnis zum Besuch irgendwelcher anderer Schulen würde in vereinzelten Fällen nur unter ganz besonderen Umständen gewährt, zum Beispiel wenn eine Mutter zu Tochter in einem Kloster erziehen lassen wollte. Die Änderungen der deutschen Gesetze, die die Regierungskommission des Saargebietes durch die erwähnten Verordnungen vornahm, dürften nicht durch Einführung irgendwelcher „allgemeiner Gründe“ oder um die Gesetze in Einklang mit den Bestimmungen des Vertrags zu bringen gerechtfertigt sein, noch sind die Verordnungen erlassen worden „nach Aeußerung der gewählten Vertreter der Bevölkerung“. Die Ermächtigung zur Verwaltung „der verschiedenen öffentlichen Betriebe“ nach Artikel 19 kann, selbst wenn angenommen werden könnte, daß hierunter die öffentlichen Schulen mit zu verstehen sind, nicht die Einschränkungen der Artikel 14 und 23 ausschließen. Änderungen der geltenden Gesetze in Bezug auf Errichtung von Schulen sind offenbar streng durch die Bestimmungen des Artikels 14 begrenzt, und der Zweck und die Methode der Änderungen bestehender Gesetze muß nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels 23 erfolgen. An keiner Stelle in dem Vertrag, selbst bei weitester Auslegung des Artikels 14, findet sich die Ermächtigung, französische Schulen für Kinder von Eltern zu errichten, die in keinem Zusammenhang mit den Gruben stehen.

Es ergibt sich hiernach, daß die in Rede stehenden Verordnungen nicht auf verfassungsmäßigem Wege verkündet worden sind und den Bestimmungen der Artikel 14 und 23 des Vertrages von Versailles widersprechen.

Ich möchte hiernach die mir vorgelegten Fragen wie folgt beantworten:

1. Nach dem Vertrag von Versailles hat der französische Staat nicht das Recht, durch seine Grubenverwaltungen die sogenannten Domantalschulen für Kinder der Bergleute und Arbeiter, die nicht die französische oder eine andere nicht deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, zu errichten.
2. Die französische Grubenverwaltung ist nicht nach dem Vertrag von Versailles berechtigt, Schulen zu errichten, in denen Deutsch die Unterrichtssprache ist.
3. Die Regierungskommission ist auf Grund der im Saargebiet geltenden Rechtsordnung nicht berechtigt, Verordnungen zu erlassen, durch die die Kinder von deutschen Bergleuten und andere deutsche Kinder der Erlaubnis erhalten, ihrer gesetzlichen Schulpflicht durch den Besuch der französischen Domantalschulen Genüge zu leisten oder allgemein die deutsche öffentliche Schule zu verlassen und in die französische Schule überzutreten.

Treue dem Bunde „Saar-Verein“ oder den Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“ bei!

Für jeden Deutschen, welcher noch nicht Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ oder einer seiner vielen Ortsgruppen im deutschen Vaterlande ist, empfiehlt es sich, Mitglied zu werden, um alle auf die Deutscherhaltung des Saargebietes gerichteten Bestrebungen im nichtbesehten deutschen Vaterlande mit allen Kräften unterstützen zu können.

Unsere Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ kann gegen einen monatlichen Bezugspreis von nur 50 Gpf. von allen zuständigen Postämtern bezogen werden. Für alle deutschen Männer und Frauen soll und muß es eine Ehrenpflicht sein, durch die Mitgliedschaft zum Bund „Saar-Verein“ und seinen Ortsgruppen einen kleinen Beweis dafür zu geben, daß das treudeutsche Saargebiet, das Kleinod an der Saar, von dem Mutterlande nie und nimmer vergessen wird. Auskünfte jeglicher Art erteilt

Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW 11, Königsgräber Straße 34 II.

Kriegergräber um Saarbrücken.

Die Umgebung von Saarbrücken ist, wie allbekannt, reich an Kriegergräbern aus der Zeit des deutsch-französischen Krieges 1870-71. Felder und Wälder bei der Spichern-Höhe bergen ungezählte Leiber tapferer Soldaten, die in den heißen Augusttagen 1870 hier ihr Leben für das Vaterland ließen. Der Alt-Saarbrücker, der Rotenberg-Friedhof im Stadtteil St. Johann und der Maltatter Friedhof, vor allem aber das „Ehrental“ haben damals insgesamt etwa 800 sterbliche Überreste von Kämpfern der Schlacht bei Spichern aufgenommen. Alle diese Gräber, ja auch die einsamen in den Wäldern, auf dem heilumstrittenen roten Berge, wurden zum 6. August jeden Jahres von den Schulen und Kriegervereinen Saarbrückens in den langen Friedensjahren geschmückt, nachdem im Ehrental eine erhebende Feier gehalten war. Schöner und würdiger konnte in deutschem Lande eine Kriegergräberstätte kaum sein als diese unweit der Landstraße, die von Saarbrücken nach Metz führte. Trauerweiden und Lebensbäume beschatteten die Gräber, und auf einem Hügel steht das eiserne Bild der trauernden Germania, die den Gefallenen einen Kranz von Eichenlaub reicht. Als ich dort im Jahre 1918 am Sonntag nach dem 6. August vor Tausenden von andächtig der Toten von 1870-71 Gedankenden in meiner Gedächtnisrede wahrte, es den treuen Toten nachzutun in der Liebe zum Vaterland, wenn es sein müßte bis in den Tod, da ahnte wohl niemand, daß wir ein Jahr später die ersten Toten eines neuen furchtbaren Weltkrieges in der Nähe des Ehrentals zur Ruhe betten würden.

Am 11. August 1914 beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken in Anbetracht der Nähe des Kriegerdenkmalplatzes einen neuen Ehrenfriedhof bei der „Goldenen Bremm“ für die zu erwartenden Toten des Weltkrieges, welche dort einen letzten Ruheplatz haben sollten, zu errichten. Bei der Bestattung des ersten deutschen Kriegers am 19. August 1914 habe ich in schlichter Weise die Weihe des neuen Ehrenfriedhofs vollzogen und nannte ihn zum Unterschiede von Ehrental den „Ehrenberg“, der mit seinen Kriegergräbern fernerhin ebenso den Ruhm deutscher Soldaten künden werde, die das Wort Christi erfüllten: „Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde“.

Die Schlacht bei Saarbürg mit ihren Kämpfen bei Lagarde, Bergaville und Lauterfingen, deren Kanonendonner laut genug bis nach Saarbrücken dröhnte, brachte uns Hunderte von Schwerverwundeten, deren viele trotz ärztlicher Kunst und aufopfernder Pflege in den Saarbrücker Lazaretten starben, so daß bald Grab an Grab auf dem „Ehrenberg“ sich reihte. Auch die dort an ihren Wunden verstorbenen zahlreichen Kriegsgefangenen fanden hier ihre letzte Ruhestätte, da sie uns im Tode nicht mehr als Feinde galten, sondern als solche, die für ihr Vaterland das Leben gelassen hatten. Alle Gräber aber — das sollten unsere ehemaligen Feinde noch jetzt bedenken und ein Gleiches tun — wurden unterschiedslos geschmückt und mit Efeu, Monatsrosen und Begonien in reicher Fülle bepflanzt. Dazu erhielten alle Kriegergräber ihr Gedächtniszeichen in Gestalt von Kreuzen, die in reicher Bemalung den Namen, Truppenteil, Geburtstag und Todestag derer verkündeten, die den Tod fürs Vaterland starben und deren Leiber nun im Soldatengrab ruhten. Man durfte uns nicht schelten, daß wir, wie in Feindesland, Holz statt Stein für diese Gedächtniszeichen wählten. Gewiß ist Stein dauerhafter als Holz, aber es war auch damals schon einer der ersten Grundzüge moderner Friedhofskunst, die Friedhöfe vor einer Ueberfüllung mit Steinmassen zu bewahren und ihnen ein warmes, trauliches Aussehen zu verleihen. Einer der Bahnbrecher der neueren christlichen Kunst, der nun auch schon verwirklichte Dr. David Koch, hat einmal seinen Wunsch in den Vers geäußert:

Seht mir kein Kreuz vom Steine, wenn ich am Boden lieg,
Wenn doch der Tod im Grabe verschlungen ist in Sieg;
Seht mir ein Kreuz von Holze, das bald verfault und fällt,
Mein Kreuz ist dann getragen schon längst aus dieser Welt.

Selbstverständlich wählten wir das hölzerne Kreuz nicht darum, weil es „bald verfault und fällt“, sondern weil Holzkreuze im Felde hinter der Front auf den zahllosen Kriegergräbern schon damals die Wahrzeichen der für ihr Vaterland in den Tod gegangenen Kämpfer bildeten. Zudem sind Kreuze aus geeignetem Holz sogar recht haltbar. Im Schwarzwald, auf dem Hunsrück und dem Westerwald sind noch alte Holzkreuze zu finden, die Jahrhunderte überdauert haben. Auch war es möglich, diese Holzkreuze, deren wir leider so viele und so schnell nacheinander bedurften, in einer eigenen Werkstatt des Garnisonlazaretts von leichtverwundeten und kriegsbeschädigten Tüchtlern und Malern anfertigen. So entstanden Hunderte von Grabkreuzen, in den verschiedensten Arten und Formen gestaltet und durch mannigfaltige Farbengebung den Gräbern und ihrem Blumenschmuck wirkungsvoll angepaßt.

Wenn aber, gleichviel, wie er sich innerlich zu dem Kreuze Christi stellen mag, sollte das Kreuz, ob aus Holz oder Stein, nicht als schönster Schmuck der Soldatengräber gefallen! Das

Kreuz ist und bleibt das vollstümliche Symbol des schlichten Grabes unter freiem Himmel, dazu das Zeichen des über den Tod triumphierenden Glaubens. Wenn der Mensch die Arme ausbreitet, dann ist er ein Kreuz. Die zwei Balken, aus denen es sich zusammensetzt, sind dem Menschen „angemessen“. Wie lebendige Kreuze haben unsere Krieger einst vor dem Feinde gestanden. Nun liegen sie im Grabe wie Kreuze mit abgenommenen Balken, aber aus ihrem Grabe wächst ihnen zum ehrenden Gedächtnis das Holzkreuz, den Lebensbäumen zu ihren Häupten vergleichbar, mit ihrer Spitze gen Himmel ragend und auf die ewige Heimat weisend, von der eine Inschrift im „Ehrental“ spricht: *Meliorum appetunt patriam*, zu deutsch: Sie erstreben ein besseres Vaterland — die Heimat droben im Licht.

Mit Kreuzen geschmückt wurden auch auf demselben Ehrenfriedhof die Gräber der Opfer der rußlosen Fliegerüberfälle auf die friedliche Stadt Saarbrücken. Genau ein Jahr nach der Bestattung des ersten Kriegers fanden wir dort an dem offenen Grab von elf solchen ersten beklagten werten Opfern, zu denen im Laufe des Weltkrieges noch viele hinzulamen. Alle aber, deren Leiber in jenen Gräbern um Saarbrücken ruhen, leben mit ihren Seelen, sie sind und bleiben unser; denn sie gaben ihr Leben für uns und unser Vaterland. Das soll ihnen unvergessen sein!

Konfistorialrat C. Th. Müller: Templin.
(früher 21. (Saarbrücker) Armee-corps).

Die Kunst im Saarland.

Unter dieser Ueberschrift besaß Dr. Fried Lübbede im „Berliner Tageblatt“ vom 30. Oktober mit der Kunst im Saarland, soweit sie auf der von uns bereits erwähnten Kunstausstellung „Saarland“ in Frankfurt einen Ueberblick zuliess. Dr. Lübbede sagt darin unter anderem, daß man mit Behmut und Stolz all das betrachtet, was dieses kleine, heute aus dem Verband des Deutschen Reichs gerissene Grenzland nach Frankfurt sandte. Er stellt mit Beschämung fest, daß man sich in jenen fernen Zeiten, da wir so sicher in unserem Reiche wohnten, recht wenig um dieses Land gekümmert hat. Wohl die meisten hatten von ihm eine ähnliche Vorstellung wie von den großen Industriegebieten an der Ruhr und in Schlefien: Ein von Bergwerken, Hüttenfabriken und Proletariatsniedlungen, gequältes Land, vielleicht von der eigenartigen Schönheit des Industrielandes, erst von wenigen heute erkannt. Das Saarland hat jedoch trotz seines Reichtums an großindustriellen Werken sich den Jandern einer lieblichen Landschaft voll zu bewahren gewußt. Ihr haben sich die Gruben und Hütten ohne Störung eingefügt. Auch die Bergmannsniedlungen zeigen nicht die uns in Westfalen vertraute Häßlichkeit unorganisch durcheinandergewürfelter Mietskasernen und Behelfsbauten, sondern haben sich das Aussehen sanft in die Landschaft gelagerter Dörfer bewahrt.

Es ist bisher noch wenig von der Kunst des Saarlandes gesprochen worden. Wenn man nicht das ganze Land in seinem harmonischen Ausgleich von lieblicher Bach- und flussdurchströmter Wald- und Wiesenlandschaft und oft großartigen Industrie- werken als ein Gesamtkunstwerk nehmen will, so ist das, was im einzelnen das Saarland an Kunst zu bieten hat, nicht allzuviel. Zu schwer lastete seit altersher das Grenzlandschicksal auch über dieser Gegend. Kriege um Kriege sind darüber hingestürzt und haben uns nur Trümmer eines ehemals großen kulturellen Besitzes hinterlassen. Dr. Lübbede geht dann im einzelnen auf die einzelnen Epochen saarländischer Kunstbestrebungen ein, nennt den Fürsten Wilhelm Heinrich einen glänzenden Kunstförderer, unter dessen Regierung Joachim Stengel, einer der glänzendsten Baumeister des Rokoko, das neue Saarbrücker Residenzschloß und mehrere Jagdschlösser erbaute. Er hebt die Ludwigskirche in Saarbrücken hervor und sagt, daß Saarbrücken in dem Ludwigsplatz einen der ausgewogensten Plätze Deutschlands besitze. Neben der Kreuzkirche in Dresden sei die Ludwigskirche in Saarbrücken als die überzeugendste Lösung des evangelischen Gotteshausproblems anzusprechen.

Dr. Lübbede meint, daß man von einer bodenständigen Saarkunst im 19. Jahrhundert nicht reden könne, es sei denn, daß man die gewaltigen Hütten- und Hochofenwerke als den künstlerischen Ausdruck der im Lande heimischen Schwerindustrie preisen wollte. Aus allerjüngster Zeit hebt der Verfasser den Bau der neuen Michaelskirche in St. Johann hervor, den er als Denkmal bezeichnet, das ganz der großen Baugesinnung früherer Zeiten entspreche. Die Kirche ist ganz aus Beton errichtet und weist einen Innenraum auf, der in seiner mächtigen Einfachheit an den der unvergleichlichen Michaelskirche in München erinnert. Dr. Lübbede schließt seinen Aufsatz mit der Feststellung, daß auch im Saarland viel Ansätze zu neuer künstlerischer Gestaltung vorhanden seien, in welchem Zusammenhang er auf die Errichtung einer Kunstgewerbeschule in Saarbrücken und auf die Absicht der Errichtung eines neuen Saarmuseums hinweist.

Kleine politische Umschau.

Der seinerzeit von dem bekannten französischen Annexionsmajor Richert gegründete und lange Zeit von ihm politisch beeinflusste sogenannte „Neue Saar-Courier“ versucht, nachdem er hat entdecken müssen, daß eine frantophile Politik absolut im Saargebiet keinen Eindruck macht, durch eine verschleierte französische Einstellung Dumme zu fangen. In einer Polemik gegen die „Saarbrücker Zeitung“ wegen ihrer Verurteilung des Viller-Schandurteils gegen den General von Nathusius, sagt das Schmutzblatt unter anderem wörtlich:

„Die „Saarbrücker Zeitung“ brachte es . . . fertig, uns der Unterstützung französischer Militaristen zu verdächtigen, wie sie auch uns Deutschen vorwirft, wir kämpfen gegen das Deutschtum (also gegen uns!) Wenn wir das Treiben der deutschen Militaristen und Nationalisten gegen die Republik verurteilen.“

„Uns Deutschen“ — seit wann haben die Leute vom Richert-Courier noch ein Recht, sich „Deutsche“ zu nennen und sich darauf gar noch was einzubilden? Seit wann haben die Leute des Schmutz-Couriers noch ein Recht, das Wort deutsch in den Mund zu nehmen, wo doch ihr Ziel eingeständenermaßen darauf gerichtet ist, daß Saargebiet dem deutschen Vaterland, dem Deutschtum zu entreißen. Wenn diese Leute heute, wie auch der famose Doerffert sich noch „Deutsche“ der Personalkarte nach nennen dürfen, so doch nur deshalb, weil das französische Recht eine Naturalisierung der Verräter im Saargebiet nicht zuläßt. Aber diese Herren, die sich heute noch fälschlicherweise als „Deutsche“ bezeichnen, haben sich längst auf den sogenannten „Naturalisationslisten“ eintragen lassen, um bei Annahme einer entsprechenden Gesetzesvorlage durch die französische Kammer bevorzugt in dem Genuß der französischen Staatsangehörigkeit zu gelangen. Das Saargebiet schenkt Frankreich mit Freuden diese Kreaturen, die eines Judaslohnens wegen ihr Vaterland, ihr Deutschtum leichten Herzens verraten.

Vielleicht haben diese Herrschaften aber erkennen müssen, daß der anständige Franzose auch heute noch den Napoleonischen Wahlspruch anerkennt: „Ich liebe den Verrat, verachte aber den Verräter“. Daß diese Kreaturen von französischer Seite keinen dauernden Dank ernten werden, beweist der folgende Abschiedsbrief des Bergmanns Peter A. in Sulzbach, der seit einiger Zeit verschwunden und kürzlich als Leiche aufgefunden worden ist. Er hatte sich erschossen. Der Brief lautet:

„Wie habe ich für den Saarbund gewirkt! Mein französisches Herz habe ich nicht verleugnet. Aber nichts hat geholfen. Nicht einmal eine ordentliche Wohnung konnte ich bekommen. Das ist der Dank für treu geleistete Dienste. Ich nehme deshalb Abschied von dieser Welt. Ihr werdet mich nicht wieder sehen.“

Der verschollene A. war ein großer Verehrer der Franzosenknechte Franken-Beder und Krämer und wie er selbst schreibt, treues Mitglied des Saarbundes. So wird es einst auch jenen Deuten gehen, die heute, allerdings ganz klein und häßlich gelächelt: Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Schöttler, Saarbrücken.

Unter ähnlichen Umständen verschwunden ist der Bergmann C. von Dudweiler.

Der Bergmann Kreischer traf vor einigen Wochen mit dem stadtbekannten Saarbündler Georg Grävenich von St. Ingbert in einer Wirtschaft zusammen und wurde von dem Saarbündler beleidigt. Kreischer erwiderte diese Beleidigung postwendend mit einer Ohrfeige. Diesen Vorgang trug der Saarbündler und Denunziant selbstverständlich unter Veränderung der Tatsache der Grubenverwaltung in St. Ingbert vor. Dies war für sie genügend Grund, da der „Verletzte“ als Saarbündler unter besonderem Schutz der Bergwerksdirektion steht, Kreischer sofort zu entlassen. Dieser beauftragte seine Organisation mit der Vertretung seiner Angelegenheit. Eine von der Organisation bei der Bergwerksdirektion herbeigeführte Behandlung blieb erfolglos. Der Vorsitzende dieser Verhandlung, Bergwerksdirektor Rassin sagte hierbei, „daß sie ihre Leute (Saarbündler) gegen den Terror schützen müsse und deshalb Kreischer mit Recht entlassen worden sei.“ Schließlich erreichte die Organisation eine neue Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Herrn Clavier de Wille in St. Ingbert stattfand. Das von der Organisation vorgelegte Material war für den Saarbündler derart belastend, daß der Vorsitzende erklärte, der entlassene Bergmann könne am Montag seine Arbeit wieder aufnehmen.

Eine Belegschaftsversammlung befaßte sich gleichfalls mit der Angelegenheit und kennzeichnete in scharfen Worten das Vorgehen der Bergwerksdirektion, die sich durch diesen Vorfall als besonderer Schutzpatron für die Saarbündler erwiesen habe. Gewerkschaftssekretär Ralhm erklärte unter anderem unter allgemeiner Zustimmung, daß ein solcher Vorgang bei der alten Verwaltung einfach unmöglich gewesen wäre. Wie weit die An-

maßung des Saarbündlers Grävenich geht, ergibt sich aus den Darstellung des Gewerkschaftssekretärs Ralhm, daß Grävenich öffentlich erklärte, der Ortsteil Josefthal müsse unter polizeilichem Schutz genommen werden. Derjenige, der sich nicht füge, müsse fliegen. In einer einstimmig zur Annahme genommenen Entschließung wurde aufs schärfste die Stellungnahme des Bergwerksdirektors Rassin im Falle Kreischer verurteilt.

Aus der soeben veröffentlichten Verordnung der Saarregierung über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen ergibt sich, daß gegen das Votum des Landesrats das Gattenerbe einer Besteuerung unterliegt, eine Regelung, die in ihrer Härte gerade für die unteren Bevölkerungsschichten zum schärfsten Widerspruch herausfordert. Aus einer Bemerkung der Saarbrücker Landeszeitung ist zu entnehmen, daß durch diese Regelung die Franzosen im Saargebiet von den Steuern einmal wieder nicht betroffen werden, und nur die eingeseffene Bevölkerung gezwungen wird, Steuern auch bei innerfamiliären Erbschaften an die Landeskasse zu zahlen. Es scheint sogar, daß dieser Grundsatz Hauptgehaltspunkt bei Erlass dieser Verordnung gewesen ist.

Aus einer Zuschrift an die „Saarbrücker Zeitung“ ergibt sich, daß die deutsche Regierung ihre alten treuen Diener nicht vergißt. Zu jeder Zeit bracht und bringt sie den aktiven und pensionierten Beamten Aufbesserungen, die es ermöglichen, einigermaßen durchzukommen. Die sogenannten Altpensionäre beziehen Gold- bzw. Rentenmark, so daß sich nach dem Umweltselungskurs für den Franken die Altpensionäre besser stellen, als die z. B. noch älteren Neupensionierten. Die Auszahlung der Goldmark erfolgt sehr pünktlich, während die von der Saarregierung ausgehenden Pensionszahlungen an die Neupensionierten außerordentlich unpünktlich gezahlt werden. Aus der weiteren Zuschrift ergibt sich, daß die auf die Saarregierung angewiesenen Pensionäre Wochen und Monate warten müssen, bevor sie in den Besitz der ihnen zustehenden Gelder gelangen.

Der „Saarbrücker Zeitung“ wurde mitgeteilt, daß am letzten Buß- und Bettage das französische Militär in Saarlouis außerhalb der Kaserne Exerzierdienste verrichtete. Die bisherigen Aufforderungen an den Präsidenten Rault, die Innehaltung seiner eigenen Anordnungen zu überwachen, seien daher vergeblich gewesen. Der Präsident, der gegenüber der Saarbewölkerung wegen der Autorität der Rasterungskommission so ängstlich besorgt ist, scheint hier machtlos zu sein, so daß das französische Militär, für dessen Verbleiben im Saargebiet er sich immer eingesetzt hat, ihm übergeordnet ist und seine Verordnungen nicht zu beachten nötig hat. Es gibt also zweierlei Recht im Saargebiet. Aber nicht nur über dem Präsidenten steht das französische Militär hier, sondern auch über dem Völkerrundsrat und dem Völkerrund selbst, in deren Auftrag hier der Präsident deren Autorität vertritt, denn das französische Militär setzt sich über die durch die Autorität des Völkerrundes gebotenen Verordnungen hinweg und darf die Gefühle der Bevölkerung über die Heilighaltung der Feiertage öffentlich verletzen.

Kleine Tageschronik.

Ist der „Kölntaler Dom“ dem Untergang preisgegeben?

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Saarbrücker Landeszeitung aus Püttlingen folgende Mitteilung:

Wenn man von Püttlingen nach Lebach mit der Bahn fährt, so grüßt einen, schon lange ehe man sich dem Bahnhof Püttlingen nähert, der stolze Bau der Püttlinger Pfarrkirche, der „Kölntaler Dom“, wie man in der Umgebung so gern sich ausdrückt. Die wenigsten, die vorüberfahren, werden wissen, daß dieses Baudenkmal seit etwa zwei Jahren zu den durch den Grubenabbau am meisten gefährdeten Kirchen des Saarindustriegebietes gehört. Während die deutsche Grubenverwaltung unter diesem wichtigen Bauwerk einen breiten Kohlenpfeiler zum Schutze der Kirche stehen ließ, hat die heutige Verwaltung seit einigen Jahren begonnen, diesen Kohlenpfeiler abzubauen. Infolgedessen haben sich in der Erde Erdrutschungen gebildet, die beiden schweren Kirchtürme drücken nach dem Chor zu, und in der Kirche selbst hat dieser Druck den Boden an den verschiedensten Stellen gewölbt, den Plattenbelag zersplittert, den Holzboden gehoben, Türen und Fenster verrenkt, in den Mauern Risse verursacht. Die Grubenverwaltung hat die Beschädigungen als von der Grube herrührend anerkannt, flüht und flüht, und dabei werden die Schäden immer schlimmer. Eine durchgreifende Reparatur ist bei der jetzigen Sachlage unmöglich, da die Beschädigungen nach Aussage des Grubenfachverständigen noch 7 bis 8 Jahre, nach der neuesten Erklärung sogar 10 bis 12 Jahre weitergehen werden, bis sich das Erdreich beruhigt hat. Der Kirchenvorstand gewinnt allmählich den Eindruck, daß die Kirche immer mehr ruiniert wird. Bis 1935 wird sie wohl halten, dann mag die deutsche Ver-

waltung sehen, ob sie den Büttlingern eine neue Kirche baut. Auf all diese Gefahren ist die Grubenverwaltung wohl schon ein dutzendmal vom Kirchenvorstand schriftlich aufmerksam gemacht worden. Wie verlautet, hat die kirchliche Verwaltung nunmehr sich an den saarländischen Vertreter der Regierungskommission, Herrn Minister Rohmann, gewandt, und ihn um Vermittlung gebeten, daß man mit dem Kohlenabbau unter der Kirche aufhöre, damit dieselbe ehestens vollends repariert werden kann. Dann erst kann man auch daran denken, die Innenwände wieder gottesdienstwürdig einzurichten und auszumalen, was doch heute schon so bitter notwendig wäre und nicht wohl auf 12 Jahre hinausgeschoben werden kann. Hoffentlich hat die Vermittlung des Herrn Ministers Rohmann Erfolg. Dazu kann auch die öffentliche Meinung etwas beitragen, die durch diese Mitteilung angerufen werden soll.

Saarbrücken: Die Kreisparasse in Saarbrücken ist wieder in der Lage, an Einwohner des Landkreises Saarbrücken auf im Landkreis gelegene Baugrundstücke gegen ersttellige Hypotheken *Banddarlehen* zu gewähren.

Donitzthal: Ein Kriegsinvalide, der sich infolge seiner Kriegsverletzung (Verlust eines Beines) durch Betteln das tägliche Brot verdiente, wurde am 20. November in einem Schuppen des hiesigen Bahnhofes erstochen aufgefunden. Das tragische Schicksal dieses Mannes beweist, wie wenig die Saarregierung für die Invaliden des Saargebietes tut.

Gersweiler: Auf der Höhe von Gersweiler wurde für unsere Gemeinde ein katholisches Schwesternhaus mit Kapelle errichtet. Die neue Anlage wurde am 20. November eingeweiht.

Dudweiler: Die Bahnverwaltung läßt gegenwärtig auf der Strecke zwischen Dudweiler und Sulzbach umfangreiche Arbeiten ausführen, die durch Senkungen im Bahnkörper als Folgen des Grubenbetriebes notwendig geworden sind. Es ist eine Höherlegung der Brücke oberhalb der Substraße und der Schienenstränge um ungefähr einen Meter erforderlich.

Friedrichsthal: In dem Baderaum der Friedensanlage (Grube Friedrichsthal) brach Feuer aus, dem neben der inneren Einrichtung auch die gesamten Kleider der dort arbeitenden Bergleute (rund 600 Anzüge) zum Opfer fielen. Es wird vermutet, daß ein Bergmann eine brennende Pfeife in seinem Anzug hat stecken lassen, die den Ausbruch des Feuers verschuldete.

Merschweiler: Das die französischen Werbestellen für die Fremdenlegion, von deren Existenz Herr Rault angeblich keine Ahnung hat, noch immer ihr schändliches Treiben fortsetzen, beweist der Fall eines jugendlichen Arbeiters, der für die französische Fremdenlegion angeworben worden war. Als er die Grenze überschreiten wollte, wurde er abgefaßt, da er auf Grund eines gegen ihn wegen verschiedener Straftaten erlassenen Steckbriefes erkannt wurde. — In der Lehmgrube vorunglückte durch Abrutschen von Erdmassen der Tagelöhner Bernhard Chert. Er verstarb im Krankenhaus zu Illingen.

Bous: Bei der Aufrichtung des Dachstuhls am Neubau seines Wohnhauses stürzte der Fabrik Schlosser B. Eder ab, wobei er sich durch Aufschlagen auf einen eisernen Träger so schwere Verletzungen zuzog, daß er nach 4 Stunden verstarb.

Billingen: Die evangelische Kirchengemeinde weihte am 23. d. M. die als Ersatz für die dem Krieg geopfertem Kirchenkloden die neubeschafften drei Gloden unter reger Anteilnahme der Zivilgemeinde.

Mertz: Im letzten Jahre sind hier verschiedene neue Industriezweige errichtet worden; darunter die Chemische Fabrik, Bims-Beton-Fabrik, Stopfensfabrik usw. Neuerdings wurde eine Strickwarenfabrik von der Gesellschaft Raible, Wagner u. Co. errichtet. Zwei bedeutende Fabrikanten der Strickbranche aus Württemberg gehören dem Unternehmen an. Als Geschäftsführer dieser neuen Fabrik wurde der Inhaber der Firma Oswald Jäger, Anton Jäger bestellt.

Wiltweiler: Unter den Verdacht des Gattenmordes wurde der Arbeiter L. Barth verhaftet. Unter den Verdacht der Mittäterschaft wurde auch die Mutter des Barth in Haft genommen.

Blieskastel: Mit der Frage der Kanalisation der Stadt beschäftigte sich eine starkbesuchte allgemeine Bürgerversammlung. Sie sprach sich mit großer Mehrheit für die Kanalanlage aus. Ihre Ausführung wird sich auf 8 bis 10 Jahre erstrecken.

Soziales.

Die zunehmende Teuerung im Saargebiet.

Nach Feststellung der städtischen Preisprüfungsstelle wurde die Teuerungszahl für die Stadt Saarbrücken für den Monat Oktober 1924 ohne die Kosten für die Bekleidung mit 419 gegen 402 im Vormonat und einschl. der Kosten für die Bekleidung mit 488 gegen 473 ermittelt. Die Indeziffer beträgt 329 (315) ohne und 341 (331) mit Bekleidung. Mit diesen Ziffern vergleiche man die neue Gehaltstabelle der Regierungskommission für die deutschen Beamten in saarländischen Diensten und man wird verstehen, weshalb sich der Beamten eine steigende Erregung bemächtigt hat.

Personalnachrichten.

Aus der Forstverwaltung. Ab 1. Oktober dieses Jahres wurde Oberförster Müller, St. Wendel, auf sein Ersuchen zwecks Uebernahme seines väterlichen Gutes aus dem Dienste der Regierungskommission entlassen. Oberförster Sagle, Homburg, wurde mit der Verwaltung der Oberförsterei St. Wendel beauftragt. Forstassessor Röckner aus Danzig wurde nach Homburg berufen.

Kirchliche Personalien. Es wurden ernannt: Peter Rauber zum Pfarrer von Auersmacher, Pfarrer Otto Friesenhahn in Bettingen (Saar) zum Pfarrer von Koblenz-Neudorf, Kaplan Joseph Schuler, Eppelborn zum Jugendvereinspräsidenten von Bubbach. Anweisung erhielt Kaplan Fritz Diehl zu Reiskreuz als Kaplan zu Fraulautern.

Vom Schulwesen. Der Gewerbelehrer Fritz Reuber in Homburg wurde zum planmäßigen staatlichen Oberlehrer ernannt und ihm eine Stelle an der Berufsschule in Homburg verliehen.

Auf eine fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit im Bürgermeistereibezirk Nalbach konnte am 15. November der erste Bürgermeisterei-Sekretär Johann Baquet zurückblicken. Bei der Errichtung der Bürgermeisterei Nalbach wurde er dorthin berufen, wo er seit 1899 wirkte.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Martina Elisabeth Schwab, geborene Mathieu in St. Ingbert, die Eheleute Mathias Lauer-Koch, die Eheleute Weinhandler Eduard Purpur in Saarbrücken.

Kaufmann G. W. Stenger in Saarbrücken. Eine seit Jahrzehnten vor allem in der Stadt Malsstatt bekannte und geschätzte Persönlichkeit, Georg Wilhelm Stenger, ist am 20. November unerwartet einem Herzschlag im 61. Lebensjahre erlegen. Er spielte im kirchlichen Vereinswesen wie auch bei religiösen und wohltätigen Veranstaltungen eine wesentliche Rolle. Er gehörte dem Kirchenvorstand der Pfarrei St. Josef als stellvertretenden Vorsitzenden an, als welcher er besonders für die Ausschmückung des Gotteshauses, für die Beschaffung neuer Gloden, einer Orgel, die Erstellung eines Vereinshauses usw. tätig war. Auch um die Gründung des Franziskaner-Klosters am Kastpühl hat sich der Verstorbenen große Verdienste erworben. Er war ein treuer und eifriger Anhänger der Zentrumsparthei.

Todesfälle. Saarbrücken: verm. Frau Grubeninspektor Gustav Koch, 69 Jahre; Frau Grubeninspektorin Margarete Binko; Frau Katharina Beppler, geb. Nimsgern, 48 Jahre; Katharina Schant, 18 Jahre; Frau Karoline Hör, geb. Putallus, 65 Jahre; Frau Karoline Meyer, geb. Beder, 66 Jahre; Margareta Reger, geb. Eichenhofer, 67 Jahre; Joseph Jakob, 63 Jahre; Michel Eberle, 64 Jahre; Badermeister Peter Schaub, 55 Jahre; Heinrich Klumpp, 53 Jahre; Kaufmann Franz Petri, 19 Jahre; Peter Hein, 61 Jahre; Wirt Albert Christian Wagner, 58 Jahre; Wilhelm Kunz, 21 Jahre (St. Arnual). — Herrenlohr: Charlotte Drumm, geb. Schönwolf, 28 Jahre. — Scheidt: Gastwirt und Postagent Peter Werner, 42 Jahre. — Kleinblittersdorf: Lotte Meyer, 15 Jahre. — Ottenhausen: Georg Litwin, 61 Jahre. — Hostenbach: Frau Witwe Jakob Köhler, geb. Renkes, 77 Jahre. — Hensweiler: Frau Charlotte Diehl, 75 Jahre. — Dudweiler: Frau Maria Weber, geb. Knorr, 54 Jahre; Georg Krämer, 52 Jahre; Frau Hedwig Künzer, geb. Beder, 34 Jahre; Frau Witwe Chr. Linn, 61 Jahre; Katharina Wirth, geb. Keller, 37½ Jahre. — Sulzbach: Maschinenwerkmeister Ernst Blümel, 50 Jahre. — Wilsdorf: Frau Katharina Mathies, geb. Henz, 60 Jahre. — Neunkirchen: Philipp Fried, 42 Jahre; Oberlehrer a. D. Friedrich Rudolf Hamme, 63 Jahre; Hüttenpensionär Jakob Kölsch, 57 Jahre; Friedrich Schneider, 57 Jahre; Hüttenpensionär Gottfried Kühner, 73 Jahre; Wertmeister Peter Gansler, 63 Jahre; Frau Witwe Dorothea Hoppstädter, geb. Scheldhauer, 81 Jahre. — Wiebelskirchen: Bergmann Rudolf Pfeiffer, penj. Bergmann Ludwig Beder, 69 Jahre. — Ottweiler: Fritz Wenzel, 88 Jahre; Frau Karoline Houn, geb. Wunn, 64 Jahre. — Niederlingweiler: Gemeindeförster Julius Smilkowsky. — Hülzweiler: Mehrgemeister Peter Bidon, 39 Jahre. — Fraulautern: Frau Witwe Christoph Schleich, Margareta geb. Zech, 68 Jahre; Frau Witwe Jakob Louis, Elisabeth geb. Augustin. — Saarlouis: Frau Alara Lichtenstein, geb. Dellheim, 31 Jahre; Oberlademeister a. D. Karl Spohnas, 69 Jahre. — St. Ingbert: Frau Witwe Heinrich Ehrhardt, 68 Jahre. — Blieskastel: Frau Elisabeth Stoeppeler, 55 Jahre.

Kirche und Schule.

Saarpilger nach Rom. Die katholische Bevölkerung des Saargebietes wird der Einladung des Heiligen Vaters, zum kommenden Jubeljahr nach Rom zu pilgern, Folge leisten. Den Saarländern ist Gelegenheit gegeben, sich dem Diözesan-Pilgerzug anzuschließen, der zur Heiligsprechung des seligen Petrus Canisius nach Rom fährt.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Eine gemeinschaftliche Sitzung des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Vorstandes des Bundes „Saar-Verein“ fand am 25. Oktober 1924, nachmittags 4 Uhr im Preussischen Abgeordnetenhaus in Berlin statt. In Vertretung des Vorsitzenden des Beratungs- und Aufsichtsausschusses eröffnete der Vorsitzende des Bundes, Oberlandesgerichtsrat Andres mit Worten herzlichster Begrüßung die Sitzung. Den Geschäfts- und Kassenbericht für das 2. und 3. Vierteljahr erstattete der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, auf Grund des schriftlich niedergelegten Geschäftsberichts für die Zeit vom 1. Juli bis Ende Oktober. In dem Geschäftsbericht ist besonders hervorgehoben, welche außerordentlichen Schwierigkeiten die Aufbringung der für die Fortführung der Geschäfte erforderlichen Geldmittel bereitet. Nur durch unermüdete und rege Werbetätigkeit sei es möglich gewesen, die für eine weitgehende Aufklärungsarbeit erforderlichen Geldmittel herbeizuschaffen. Außerordentlich zu beklagen sei es, daß mit ganz geringen Ausnahmen die Hoffnungen, welche bezüglich der Finanzierung auf die rege Mitarbeit der Ortsgruppen gesetzt worden sei, auf das bitterste enttäuscht worden sind. Fast auf sämtliche Rundschreiben, in welchen die Ortsgruppen an die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit durch Veranstaltung von Vorträgen usw., besonders aber an die Erfüllung ihrer jahungsgemäßen Pflichten durch Erstattung der Jahresbeiträge erinnert worden seien, sei von vielen Ortsgruppen weder eine Antwort noch der Jahresbeitrag eingegangen. Demgegenüber könne festgestellt werden, daß das Interesse für unsere Bestrebungen bei den Einzelmitgliedern des Bundes und bei den zahlreichen körperschaftlichen Mitgliedern ein sehr reges sei, und gerade diesem erfreulichen Umstande sei es fast ausschließlich zu verdanken, daß die erforderlichen Geldmittel hätten aufgebracht werden können. Die für die Finanzierung der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ notwendig gewordenen Arbeiten seien sehr umfangreich gewesen. Sie hätten auch in der Berichtszeit wieder einen großen Teil der Arbeitskräfte in Anspruch genommen. In dem Geschäftsbericht wird dann die Art und Weise geschildert, wie die Aufklärungsarbeit wahrgenommen worden ist durch die Verbreitung von Druckschriften, Veröffentlichungen in der Presse des In- und Auslandes, durch Vorträge in zahlreichen Städten des Deutschen Reichs und neuerdings durch Vorträge an sämtlichen deutschen Universitäten, Hochschulen und höheren Schulen. Besondere Veranstaltungen und Versammlungen haben in sehr vielen Städten in großem Umfange stattgefunden. Auch die persönliche Führung mit Persönlichkeiten aus dem Saargebiet ist besonders gepflegt worden. Die Herausgabe des „Saar-Freund“ hat auch in der Berichtszeit einen wesentlichen Teil der Arbeit dargestellt. Die Arbeitsgemeinschaft in dem sogenannten Westauschuß Rhein, Ruhr und Saar ist auch in der Berichtszeit eine recht erfolgreiche gewesen. Die Fürsorgetätigkeit konnte nur in beschränktem Umfange wahrgenommen werden, da im allgemeinen die Flüchtlingsfürsorge seit einigen Monaten abgebaut und eingestellt worden ist. Nur in einzelnen Fällen, in denen es sich weniger um Flüchtlinge oder Ausgewiesene, als um stehende und arbeitslose Landleute handelte, sind kleinere Unterstützungen gezahlt worden. Nach den Kassenberichten kann der Abschluß im großen ganzen als günstig bezeichnet werden. Gerade hieraus läßt sich erkennen, in welcher außerordentlichen Maße die Geschäftsstelle durch die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel in Anspruch genommen ist. Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andres, stellte darauf den Geschäfts- und Kassenbericht zur Aussprache, an der sich mehrere Herren durch Anregungen aller Art beteiligten. Er dankte dann Herrn Vogel für die umsichtige und mühevollen Arbeit, ganz besonders aber dafür, daß es seinem Geschick gelungen sei, die immer und immer wieder erforderlichen Geldmittel aufzubringen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde dann dem Leiter der Geschäftsstelle einstimmig Entlastung erteilt. Von den übrigen zur Tagesordnung stehenden Punkten sei u. a. die Zuwahl des Herrn Geheimen Oberbergrat Flemming-Berlin zum Beratungs- und Aufsichtsausschuß erwähnt. Der Veranstaltung einer Lotterie, worüber Herr Vogel berichtete, stellen sich z. B. große Schwierigkeiten entgegen, doch wird die Frage im Auge behalten werden. Ueber die Vorträge über das Saargebiet an Hochschulen und höheren Lehranstalten berichtete Oberlandesgerichtsrat Andres in eingehender Weise, wobei er darauf hinwies, daß bei jedem Semesterbeginn an allen Universitäten und technischen Hochschulen Vorträge über die Saarfragen gehalten werden sollen. Weiter berichtete er über die mit dem Vorsitzenden der Reichs- und Landtagsfraktionen in Reichs- und Landtagswahl-Angelegenheiten gehaltenen Verhandlungen, die Verknüpfung des Saargebietes betreffend. Den nächsten Punkt bildete eine eingehende Aussprache über die Aus-

weisungen, über kriegsgerichtliche Beurteilungen, über die Abstimmungsbedeutung von Ausgewiesenen usw. Es wurden zu diesen Fragen recht viel neue Anregungen für die zu unternehmenden Maßnahmen und Schritte gegeben. Ueber die Ausbreitung der westlichen Grenzlandarbeit durch illustrierte Aufklärungsschriften berichtete Abg. Regierungsrat Bachem. Am Schluß der Verhandlungen wies Verwaltungsdirektor Vogel auf die große Notlage hin, in die durch die allgemeine Wirtschaftskrise im Saargebiet besonders die Beamtenhaft und die Ruhegehaltsempfänger ganz besonders aber unsere braven Grubenbeamten im Saargebiet geraten seien. Er schilderte die Not und die mißliche Lage der deutschen Beamten des Saargebietes, indem er die Behandlung, die die deutschen Beamten des Saarbergbaues durch die französische Grubenverwaltung erfahre, als vertragswidrig und entwürdigend bezeichnete. Sofortige Hilfe der preussischen und bayerischen Regierung und der Reichsregierung tue not, da die Folgen sonst geradezu katastrophale sein können. Gegen 8 Uhr konnte der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andres, die Sitzung schließen, indem er den Teilnehmern nochmals seinen herzlichsten Dank für das große Interesse aussprach.

„Das Saargebiet unter der Völkerbundsherrschaft.“

Schon vor mehreren Monaten hat der Bund „Saar-Verein“ in Berlin durch seine Geschäftsstelle die Senats sämtlicher Universitäten und Hochschulen des Deutschen Reiches in einer besonderen Eingabe gebeten, zu veranlassen, daß in jedem Semester wenigstens einmal vor der Studentenschaft ein Vortrag über das Saargebiet und die durch das Versailler Diktat geschaffenen Verhältnisse im Saargebiet gehalten wird. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat den Universitäten und Hochschulen für diesen Zweck besondere Redner zur Verfügung gestellt und sich weiter bereit erklärt, falls es notwendig sei, auch die durch die Vortragsreise entstehenden Kosten zu übernehmen. Sämtliche Universitäten und Hochschulen haben diese Anregung mit großem Dank angenommen und sich zum großen Teile bereit erklärt, etwa entstehende Kosten selbst tragen zu wollen. An verschiedenen Universitäten haben bereits Vorträge stattgefunden, und es darf als ein Verdienst des Bundes „Saar-Verein“ verbucht werden, daß er auch auf diese Weise seine bedeutsame Aufklärungsarbeit wesentlich erweitert hat.

Am Freitag, den 14. November, sprach der verdiente Vorkämpfer für die Wahrung der Rechte der Saarbevölkerung, Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel über das Thema „Das Saargebiet unter der Völkerbundsherrschaft“ in München im Rahmen der vom Akademischen Arbeitsauschuß gegen Friedensdiktat und Schuldlüge veranstalteten Vortragsreihe „Los von Versailles“.

Der Vortragende begann mit einer Schilderung des Saargebietes in geographischer und wirtschaftlicher Beziehung. Fluß und Tal, Berg und Wald, rheinisches Leben, Tatkraft und Schaffensgeist verkörpert in den großen Unternehmungen der Schwerindustrie, der Glas- und Tonwarenfabrikation, vor allem dem Bergbau, zog an den Zuhörern vorüber, und in kurzen charakteristischen Strichen gesellte sich ein Bild der Vergangenheit dieses Landstriches hinzu, der seit den Anfängen deutscher Geschichte, von zwei kurzen Epochen zur Zeit Ludwigs XIV. und Napoleons I. abgesehen, stets deutsch gewesen ist und in deutscher Treue am Vaterlande festgehalten hat. Anschließend folgte eine interessante Darstellung des Entwicklungsganges der durch den Frieden von Versailles geschaffenen staatspolitischen Verhältnisse, fuhend auf der Uebereignung der Kohlengruben an Frankreich auf zunächst 15 Jahre, auf den Uebergang der Regierung an den Völkerbund und auf der für das Jahr 1935 vorgesehenen Abstimmung der Bevölkerung darüber, ob sie deutsch bleiben, französisch werden oder in Zukunft weiter ein selbständiges Staatswesen bilden wolle. Widerlegt wurde die offizielle Begründung des Bergwerksraubes, wonach die Saarbergwerke eine Reparationsleistung für die Kriegsschäden der nordfranzösischen Gruben sein sollen. Denn diese Schäden werden durch die im Reparationsabschnitt der Friedensbestimmungen geregelten Kohlenlieferungen bereits ausgeglichen. Nichts anderes als ein gewaltiges, aus politischen Gründen erzwungenes Geschenk an Frankreich stellt die Uebereignung der Kohlengrube dar, die, falls Deutschland nicht in der Lage sein sollte, sie 1935 in Gold zurückzukaufen, dauernd Frankreich anheimfallen. Die Uebertragung der Regierung an den Völkerbund beruht auf einer bei den Pariser Friedensverhandlungen vorgebrachten Lüge Clemenceaus, daß das Saargebiet von 150 000 Franzosen bewohnt sei, und auf dieselbe Lüge geht auch die Anordnung der Abstimmung für dieses rein deutsche Gebiet zurück. Unrecht

und bewachte Unwahrheit sind die Pfeiler, auf denen die Völkerverbündlichkeit an der Saar beruht. Aber nicht der Völkerverbund ist der eigentliche Herr im Lande, das ist vielmehr Frankreich, das als Beherrscher der Kohle, der wirtschaftlichen Grundlage des Gebietes, die hierauf bezüglichen Bestimmungen von Versailles so zu fassen und anzuwenden verstanden hat, daß es seinen Willen überall durchzusetzen vermag. Es ist ihm mit deren Hilfe gelungen, fast die gesamte Industrie des Saargebietes vom französischen Kapital abhängig zu machen, die deutschen Beamten zum großen Teil zu entfernen und es versucht, durch Hungerlohn und Bettel auch die Arbeitererschaft den französischen Interessen dienstbar zu machen. Ganz besonders hat es sein Augenmerk auf die Jugend gerichtet. Durch eine der Versailles völlig zuwiderlaufende Ausdehnung der französischen Schulen und durch Vergünstigungen für die diese Schulen besuchenden Kinder, durch Androhung von Nachteilen den Eltern gegenüber, die an der deutschen Schule festhalten, durch Propaganda jeglicher Art ist es bestrebt, die heranwachsende Generation im französischen Sinne zu erziehen, sie dem Deutschtum abwendig zu machen. Nicht ohne Erfolg, denn schon jetzt besuchen mehrere tausend deutsche Kinder die französischen Schulen. Das alles läßt der Völkerverbund ohne weiteres geschehen, alle Gegenbestrebungen deutscherseits sind vergeblich geblieben. Wirklich kommt Frankreich der durch seine militärische Stärke ausgeübte Druck auf die Bevölkerung hierbei zu statten. Obwohl Versailles ausdrücklich vorschreibt, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung nur eine örtliche Gendarmerie vorhanden sein soll, unterhält Frankreich unter den wichtigsten Vorwänden noch bis heute eine Truppenmacht von 4000 Mann, deren Anwesenheit und Verhalten auf das schwerste auf der Bevölkerung lastet. Auch in dieser Beziehung hat der Völkerverbund trotz aller Vorstellungen von Seiten der deutschen Regierung, wie von Seiten der Landesvertretung des Saargebietes keinerlei Abhilfe geschaffen. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Einbeziehung des Gebietes in das französische Zollregime, die Einführung des Franken als des seit 1. Juli 1923 allgemein gesetzlichen Zahlungsmittels und die von Frankreich ausgeübte Kohlenpreispolitik von verhängnisvoller Wirkung gewesen. Der deutsche Markt, sein natürliches Ab Absatzgebiet, ist der Saarindustrie entzogen, der französische hält sich ihr fern. Ihre Lage müßte sich hoffnungslos gestalten, wenn es nicht gelingen sollte, bei den jetzt beginnenden Handelsvertragsverhandlungen Abhilfe zu schaffen. Auch die Zusammenlegung und Organisation der Regierungskommission, welche das Land verwaltet, ist ganz im französischen Sinne gehalten. Das alles sind nur Bruchstücke aus dem überreichen Material, das den Kampf Frankreichs gegen das Deutschtum an der Saar unter der Duldung des Völkerverbundes beleuchtet. In diesem Kampf, der auf die Zermürbung des deutschen Zugehörigkeitsgefühls bei der Saarbevölkerung gerichtet ist, muß dieser die weitestgehende ideelle und materielle Unterstützung aus ganz Deutschland zuteil werden, sie muß von dem Bewußtsein und der Überzeugung getragen sein, in diesem Abwehrkampf alles was deutsch heißt, hinter sich zu haben. Diese Hilfe zu leisten und zu organisieren hat sich der in fast 100, über das ganze Reich verteilten Ortsgruppen wirkende Bund „Saar-Berein“ zum Ziele gesetzt, der auch die Bevölkerung unserer Stadt zu tätiger Anteilnahme an diesem vaterländischen Werke aufruft und diesbezüglich an den Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, Herrn Kunstmaler Johannes, Gabelsbergerstr. 26/II. verweist. Die Bedeutung des Kampfes greift aber weit über das Saargebiet hinaus, denn es steht dort die Frage zur Entscheidung, ob es Deutschland trotz aller widerstrebenden Kräfte — wie dort, so überhaupt gelingen wird, sein Schicksal selbst zu bestimmen, es nicht abhängig zu machen von fremder Macht und fremder Willkür; das wird nur geschehen können, wenn Deutschland im Bewußtsein der Bedrohung seiner ganzen Zukunft, wie sich solche an der Saar abzeichnet, sich innerlich eint und in dieser inneren Einheit die Kraft zu erfolgreichem Widerstande findet. Dann wird der Tag nicht mehr fern sein, an dem auch über dem Saargebiet wieder die Sonne der Freiheit leuchtet. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Zu dem Vortrag hatten sich, dank der Werbetätigkeit der Münchener Ortsgruppe des Bundes „Saar-Berein“ über 500 Personen eingefunden, die mit großem Interesse den interessanten Ausführungen lauschten. In dankenswerter Weise haben die größeren Zeitungen einen Auszug des Vortrages zum Abdruck gebracht und auch damit unserer Saarländische einen außerordentlich wertvollen Dienst erwiesen. Dem Redner, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel-Kranfurt a. M., ließ die Münchener Ortsgruppe eine ehrende Aufmerksamkeit dadurch zuteil werden, daß sie ihm einen Münchener Original H. B. Krug mit der Widmung überreichen ließ: „Dem tapferen Verfechter unserer Saarländischen, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel, der dankbare Bund „Saar-Berein“, Ortsgruppe in München.“ Durch den Vortrag ist nicht nur der Saarländische allgemein ein großer Dienst erwiesen worden, sondern

er bedeutet auch eine Werbung neuer Mitglieder für die Münchener Ortsgruppe, die unter der Leitung des Herrn Kunstmaler Franz Johannes in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Jedenfalls sind diese Vorträge an den Universitäten für die Aufklärungsarbeit des Bundes „Saar-Berein“ von sehr großem Werte, so daß den Senaten der Universitäten und Hochschulen für diese treue Mitarbeit der Dank des Bundes „Saar-Berein“, aber auch der Dank der Saarbevölkerung selbst heute schon gesichert ist.

Der Bund „Saar-Berein“, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Dienstag, 19. Dezember d. Js., abends 8 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Berlin NW., Sommerstraße 4a, einen Vortragsabend. Es sind drei Vorträge vorgesehen, 1. Die Französisierungspolitik und ihre Gefahren für das Saargebiet (Verwaltungsdirektor Vogel - Berlin), 2. Die Gestaltung der Beamten- und Arbeiterfrage im Saargebiet unter dem Friedensdiktat von Versailles bzw. unter dem Völkerverbund (Technischer Eisenbahnassistent Carl Dömer - Berlin), 3. In Ketten vom Ruhrgebiet nach St. Martin de Ré von Freiherrn von Dettinger-Saarbrücken, jurist. in Berlin.

Die Mitglieder und Freunde des Bundes „Saar-Berein“ und unserer Berliner Ortsgruppe sind zu diesen interessanten Vorträgen herzlich eingeladen. Nach Beendigung der Vorträge findet eine gemütliche Zusammenkunft im Restaurant „Dessauer Garten“, Berlin SW. 11, Dessauer Straße 1, statt.

Auch bei dieser Gelegenheit sei die Bitte ausgesprochen, die Jahresbeiträge zur Deckung der Kosten durch außer gewöhnliche Beiträge zu ergänzen und das Weitersehen der Halbmontatschrift „Saar-Freund“ durch besondere Spenden sicherzustellen. Unsere schon wiederholt ausgesprochene Bitte, in Freundes- und Bekanntenkreisen Bezieher für den „Saar-Freund“ werben zu wollen, wiederholen wir noch einmal und hoffentlich mit mehr Erfolg. Der Einladung zu diesem Vortragsabend sind daher für jedes Mitglied der Berliner Ortsgruppe zwei Postbestellscheite für den „Saar-Freund“ beigelegt. Der monatliche Bezugspreis für den zweimal im Umfange von je 16 Seiten erscheinenden „Saar-Freund“, der, wenn irgend möglich, in Bälde wieder mit Illustrationen erscheinen soll, beträgt nur 0,50 M. Der „Saar-Freund“ ist bei dem zuständigen Postamt zu bestellen. Erst wenn es uns gelungen ist, für den Bezug des „Saar-Freund“ die Zahl der Bezieher in der alten Höhe wieder erreicht zu haben, wird es möglich sein, den „Saar-Freund“ in der früheren Ausstattung erscheinen zu lassen.

Saar-Berein, Ortsgruppe Dortmund. Auf die im Anzeigen teil wiedergegebene Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung am 14. Dezember weisen wir hiermit noch besonders hin.

Unsere Ortsgruppe in Karlsruhe sendet uns ein Rundschreiben des Verkehrsvereins in Karlsruhe, dem wir folgendes entnehmen:

Das gute Gelingen des alemannisch-pfälzisch-saarländisch-fränkischen Heimatsonntags, der vom Karlsruher Verkehrsverein in Verbindung mit den eifolgsreichen Organisationen am 20. und 21. September d. J. im Rahmen der diesjährigen Karlsruher Herbstwoche veranstaltet wurde, ist zu einem erheblichen Teil auf die starke und freudige Beteiligung der Pfalz und des Saarlandes, insbesondere am großen Heimat-Festzuge, zurückzuführen. Ueber alle Erwartungen hinaus kamen die Pfälzer und Saarländer von nah und fern, um sich mit hervorragenden Gruppen und Festwagen in den Festzug einzureihen. Der Verkehrsverein hat nun beschlossen, auch heuer dem Danke der Badener für die eifolgsartige Beteiligung der Pfalz und des Saarlandes durch einen Besuch in der Pfalz Ausdruck zu verleihen und zu diesem Zwecke wiederum, wie vor zwei Jahren, einen Ausflug auf die Kropfsburg bei St. Martin zu unternehmen. Er soll Sonntag, den 30. November d. J., zur Ausführung kommen. In einem besonderen Rundschreiben sind die einzelnen Bestimmungen mitgeteilt. An die Mitglieder unserer Karlsruher Ortsgruppe des Bundes Saarverein ergeht die dringende Bitte, am Ausfluge teilzunehmen.

Handel und Verkehr.

Direkte Bahnen Saargebiet-Süddeutschland über Straßburg. Die Eisenbahndirektion des Saargebietes gibt jetzt direkte Bahnen nach Süddeutschen Stationen (z. B. Appenweier, Baden-Baden, Freiburg u.w.) über Saargemünd-Straßburg. Rehl aus.

Von den Saargruben.

Opfer des französischen Raubbaues.

Auf der Grube Ihenplich verunglückte der Bergmann B. Schneider aus Hirschweiler dadurch, daß ihn eine herabfallende Seiltrolche so unglücklich traf, daß er einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen davontrug. — Auf Grube Frankenholz wurden durch herabfallendes Gestein drei Bergleute verletzt. — Der auf Grube Krenghwald in Lothringen beschäftigte J. Steinmann aus Differden verunglückte bei Ausführung von Reparaturarbeiten so schwer, daß er bald darauf verschied. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Ein Grubenbrand entstand auf Schacht drei der Grube Frankenholz. Dank der Selbstgegenwart der Bergleute konnten alle die gefährliche Stätte rechtzeitig verlassen.

Briefkasten.

Von A. in W. und Sch. in F. 7 M., von F. in F. 15 Fr., von W. H. in F. 5 Fr., von C. in F. 5 Fr. mit bestem Dank erhalten.

Dessauer Garten

Dessauer Str. 1, Ecke Königgrätzer Straße
5 Minuten vom Potsdamer Platz!

Altbekanntes Speisehaus

Spez. Ausschank von Würzburger
Hofbräu und Dortmunder Hansa

Säle und Sitzungszimmer zu vergeben.

Fahnen für Vereine, Kirchen und Diplome für Häuser, Geschäfte u. Gemalte, etc. für alle Gelegenheiten.

fabriziert billigst J. Schilbertz, Marienwerder / Wstpr.

Saar-Verein / Ortsgruppe Dortmund

Die nächste

Mitgliederversammlung

findet als

Jahreshauptversammlung

am Sonntag, den 14. Dezember 1924 im
Restaurant „Westpark“, an der Rölkerbrücke,
5 Uhr nachmittags statt.

Die Mitglieder werden gebeten, wegen der
Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreich zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Festsetzung der Mitgliederbeiträge.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bund „Saar-Verein“ Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Die regelmäßige

Mitgliederversammlung

findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr
im Bürgerverein, Stiftstraße 39, II, statt.

Jeder Freund der Saarsache ist zu diesen Monats-
versammlungen herzlichst eingeladen.

Der

Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M.
tagt jeden Donnerstag abend im Restaurant Jung (Joll,
gegenüber dem Hauptpostamt).

Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frankfurt a. Main
usw. erteilt jederzeit gern der 1. Schriftführer Herr
Gustav Schüttgen in Frankfurt a. Main, Grüneburgweg 4,
Telephon Hanja 6162.

An die Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“.

Wir erinnern an die Einzahlung der fälligen Jahresbeiträge für 1924
sowie an die Erstattung der noch rückständigen Jahresbeiträge.
Ehrenpflicht der einzelnen Ortsgruppen muß es sein, durch Werbung
von Mitgliedern bzw. Bezieheren und durch das Aufgeben vieler
Bestellungen die weitere Herausgabe des „Saar-Freund“ zu unter-
stützen und zu sichern. Die Ortsgruppen müssen aber auch vor allen
Dingen darauf hinarbeiten, daß jedes Mitglied den „Saar-Freund“
durch die Post bezieht.

Vom 1. April d. J. ab beträgt der
monatliche Bezugspreis nur 0,50 Mark.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedenk- und Nachschlagebuch für alle
Saarländer, enthält ernste und heitere Schilderungen
der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche
geschichtliche Darstellungen und Zeitafeln, saarländische
Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge
guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note.

Ein Handbuch von dauerndem Wert
für Kinder und Kindeskinde.

Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt 2,50 M.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch
uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924 bez.

Saarkalenders

bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11,
Königgrätzer Straße 94 II.

Die illustrierte Monatschrift

Elßaß-Lothringen — Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elßässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elßaß-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

★

Aus Urteilen der Presse:

Der Deutsche, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein aus-
gesprochenes Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeug-
samen Lebenskraft die Elßässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — Germania,
Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
kann, in der richtigen Weise angepackt.“ — Unabhängige
Nationalkorrespondenz: „Politisch und kulturpolitisch Inter-
essanter sei die Zeitschrift dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — Preussische
Jahrbücher: „... Die Monatschrift vertritt die Stammes-
interessen dieses ferndeutschen Landes in ihrer Verteidigung und
gewandtem Angriff.“ — unwarren Tendenzen abhold...
große Sachlichkeit. — Schweizerische Monatshefte für Politik
und Kultur: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute
elßaßische Geisteskräfte zum Wort kommen zu lassen.“ —
Schweizerische Volkspresse (Temeswar, Rumänien): „... muster-
gültig geleitete Zeitschrift. Sowohl die politischen Aufsätze wie
das übrige der Zeitschrift ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 109799.

Sapexier- u. Dekorationsgeschäft

Neuanfertigung von Dekorationen und Polstermöbeln

Richard Haase

Berlin SO. 36, Lausiger Platz 10
webtätiger Saarbrücker

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Be-
richterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste
Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen
und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes
„Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus
dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von
ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer
oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet
selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhält-
nisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen
und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch
in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“
nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt
monatlich 50 Opf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräber Straße 94.

Die Wochenschrift für das Selbstbestimmungsrecht der
Deutschen an Rhein, Saar und Ruhr

„Rheinischer Beobachter“

mit illustrierter Heimatbeilage

„Der schöne Rhein“

unterrichtet regelmäßig über die
Vorgänge in den besetzten Gebieten

Monatsbezug 80 Goldpfennig

Probenummern vom Verlag EDMUND STEIN, Potsdam
oder von der Werbezentrale des „Rheinischen Beobachters“
Berlin W 9, Bellevuestraße 6a

Geschichte des Saargebiets

von Prof. Dr. h. c. Ruppersberg

★

Das mit großer Spannung erwartete
Werk über die Geschichte unserer
engeren Heimat ist soeben erschienen

600 Seiten stark
mit einer Kunstbeilage, einer
geschichtlichen Karte, sowie
144 Abbildungen

Wer Interesse und Liebe zum
deutschen Saargebiet hat, darf
das interessante Werk nicht
unbeachtet lassen

In Ganzleinen gebunden
mit Goldtitel-Prägung
Preis 15 Gm.

★

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen
oder direkt durch den Verlag

**Saarbrücker
Druckerei und Verlag
A. G.**

Saarbrücken
Rathausplatz 5 Fürstenstr. 5/7
Verlag der „Saarbrücker Landes-Zeitung“